

(Un)Leistbares Wohnen

Wege aus Versorgungskrisen



Positionspapier anhand spezieller Bedarfe
wohnungs- und obdachloser Menschen in Salzburg
Salzburg, Oktober 2026

IMPRESSUM

f. d. I. v.: Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg
www.forumwlh.at
forumwlh@gmail.com

c/o Petra Geschwendtner · Soziale Arbeit gGmbH
Breitenfelderstraße 49/3
5020 Salzburg

**An diesem Grundsatz-Papier vom
Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg
haben mitgearbeitet:**

Petra Geschwendtner · Soziale Arbeit gGmbH
p.geschwendtner@soziale-arbeit.at

Thomas Kemperling · Pro Mente Salzburg
thomas.kemperling@promentesalzburg.at

Susanne Kerschbaumer · Diakonie Flüchtlingsdienst Salzburg
susanne.kerschbaumer@diakonie.at

Samuel Kok · Vinzi-Dach
samuel.kok@vinzi.at

Norbert Krammer · VertretungsNetz – Erwachsenenvertretung
norbert.krammer@vertretungsnetz.at

Friedrich Laimböck · Uniklinikum Salzburg/Christian Doppler Klinik/CDK
Laimboeck@salk.at

Anna Schattauer · Frauentreffpunkt
office@frauentreffpunkt.at

Philipp Schnell · Institut für Stadt- und Regionalforschung/ÖAW
philipp.schnell@oeaw.ac.at

Heinz Schoibl · Helix – Forschung und Beratung
heinz.schoibl@helixaustria.com

Petra Traintinger · SAFI – ibis acam Bildungs GmbH
petra.traintinger@ibisacam.at

Vorwort

Das Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg ist Anfang der 1990er Jahre auf Initiative der Sozialen Arbeit gGmbH entstanden und versteht sich als bereichsübergreifende Vernetzung von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, die in gemeinsamer Beobachtung zur qualitativen Weiterentwicklung und Professionalisierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit beitragen will. Im Mittelpunkt steht das Anliegen, im fachlichen Austausch zwischen den Einrichtungen die Grundlagen für vernetzte und ganzheitliche Hilfen für die Bewältigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit zu gewährleisten und die Wohn-, Sozial- und Gesundheitspolitik von Stadt und Land Salzburg dahingehend zu unterstützen, Versorgungskrisen zu vermeiden bzw. – sofern diese bereits eingetreten sind – zu bewältigen und zu beenden.

Was tun wir?

- In **regelmäßigen Treffen** werden relevante **sozial- und wohnpolitische Entwicklungs- und Planungsmaßnahmen** diskutiert sowie **aktuelle Trends und Erfahrungen aus der Praxis** der psychosozialen Versorgung und Wohnungslosenhilfe in Salzburg analysiert.
- Jährlich wird seit den 1990er Jahren die **Wohnungslosenerhebung** für die Stadt Salzburg durchgeführt und die Ergebnisse öffentlich präsentiert.
- Wir organisieren und sind aktiv beteiligt an: **Fachtagungen** mit nationaler und internationaler Beteiligung; **Fachgespräche** mit Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung und Wohnbaugenossenschaften.
- Wir verfassen schriftliche **Stellungnahmen** zu aktuellen wohn- bzw. sozialpolitischen Themen.
- Wir betreiben **Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit**.
- Wir organisieren jährlich den Tag der Wohnungsnot.
- Im Jahr 2025 hat das Forum WLH erstmals in einem Europäischen Projekt, das von der KU Leuven koordiniert wurde, mitgewirkt und in diesem Rahmen auch einen Street Count durchgeführt, um ein vollständiges Bild der tagesaktuellen Obdachlosigkeit gewährleisten zu können.

Außerdem ist das Forum WLH in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO – Wohnen für Alle) vertreten. In diesem Rahmen werden österreichweite Anliegen im Kontext von Sozial-, Gesundheits- und Wohnpolitik behandelt, Methoden und Standards der Wohnungslosenhilfe diskutiert und Vorschläge zur Realisierung von Wegen aus der Versorgungskrise erarbeitet.

INHALT

- 05 Einleitung**
- 08 European Homelessness Count**
- 12 Strukturelle Voraussetzungen zu Bekämpfung und Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit**
- 15 Frauenwohnungslosigkeit bleibt häufig unsichtbar**
- 19 Kinder und Jugendliche in Wohnungsnot**
- 22 Migration und Wohnen**
- 25 Psychische Gesundheit braucht Wohnsicherheit**
- 28 Wohnungs- und Obdachlosigkeit raubt Lebenszeit!**
- 31 Wenn Pflegebedarf auf Wohnungslosigkeit trifft**
- 34 Gute Entscheidungen brauchen gute Daten**
- 38 Anhang 1:** Langzeitverlauf von Obdachlosigkeit im statistischen Überblick
- 41 Anhang 2:** Quellen und weiterführende Materialien



Einleitung

„Wohnen ist das topografische Zentrum der Existenz“

Johannes Stabenheimer

Wohnen ist weit mehr als die Versorgung mit einem Dach über dem Kopf. Eine eigene, leistbare und dauerhaft gesicherte Wohnung ist eine zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe, gesundheitliche Stabilität, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Zugehörigkeit. Wer über ein sicheres Zuhause verfügt, hat eine Grundlage für Bildung, Erwerbsarbeit, soziale Beziehungen und ein selbstbestimmtes Leben. Wo diese Grundlage fehlt, geraten auch andere Lebensbereiche unter Druck.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind dabei nicht allein Ausdruck individueller Lebenslagen, sondern auch gesellschaftlicher und struktureller Bedingungen. Das Forum Wohnungslosenhilfe beobachtet und bearbeitet seit mehr als 30 Jahren Entwicklungen an den Schnittstellen von Wohnungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Aus dieser langjährigen fachlichen Perspektive zeigt sich deutlich:

Wohnungs- und Obdachlosigkeit entsteht dort, wo individuelle Lebenslagen auf strukturelle Risiken treffen.

Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen können diese Risiken verstärken, abfedern oder dazu beitragen, Wohnversorgungskrisen frühzeitig zu verhindern und zu beenden.

Wohnen ist zu einem sozialen Risiko geworden

Wohnversorgungskrisen können heute auch Menschen treffen, deren Lebensverläufe lange als stabil und abgesichert galten. Der Auszug aus dem Elternhaus, Familiengründung und Trennung, der Verlust oder die Reduktion des Erwerbseinkommens im Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder andere biografische Umbrüche können die finanzielle und soziale Absicherung eines Haushaltes destabilisieren. Treffen solche Veränderungen auf einen angespannten und hochpreisigen Wohnungsmarkt, kann aus einem vorübergehenden finanziellen oder sozialen Problem rasch eine existenzielle Wohnversorgungskrise werden. Die Auswirkungen reichen dabei oft über die Wohnsituation hinaus und können gesundheitliche Probleme verstärken, soziale Isolation begünstigen sowie den Verlust des Arbeitsplatzes oder langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligungen nach sich ziehen.

Wohnungslosigkeit ist damit ein Seismograf gesellschaftlicher Entwicklung und sozialer Ungleichheit.

Wohnungs- und obdachlose Menschen bilden keine Randgruppe außerhalb der Gesellschaft. Sie entsprechen vielmehr einem Querschnitt gesellschaftlicher Lebenslagen und machen sichtbar, wo soziale Sicherungssysteme, Wohnversorgung und gesellschaftliche Teilhabe an strukturelle Grenzen stoßen.

Wohnen zwischen sozialem Grundbedürfnis und Markt

Wohnungsmärkte sind nicht wertneutral. Sie spiegeln gesellschaftliche Prioritäten und politische Rahmenbedingungen wider. Wo Wohnraum zunehmend als Anlage- und Finanzprodukt behandelt wird, geraten seine soziale Funktion und die Bedürfnisse der Bewohner:innen unter Druck. Kommodifizierung, Spekulation, Leer- und Mindernutzung, touristische Nutzung sowie Fehlentwicklungen in der Boden- und Bestandspolitik können zu einer Verknappung leistbaren Wohnraums beitragen (vgl. dazu: Klien & Arnold [2022]). Auch mietrechtliche Rahmenbedingungen können Wohnunsicherheit verstärken. Insbesondere die Befristung von Mietverhältnissen kann für Haushalte mit geringen finanziellen Ressourcen zu einem strukturellen Risiko werden. Läuft ein Mietvertrag aus, stellt die Suche nach einer neuen Wohnung eine existenzielle Herausforderung dar, wenn die marktübliche Miete nicht mehr leistbar ist oder kein leistbarer Ersatzwohnraum zur Verfügung steht. In einem angespannten Wohnungsmarkt erhöht die Befristung von Mietverträgen das Risiko von Wohnungsverlust und verschärft bestehende Wohnversorgungskrisen.

Salzburg ist von diesen Entwicklungen in besonderem Maß betroffen (vgl. dazu: Lüftenegger; Straßl; Gugg [2021]). Die Mietpreise liegen im Bundesländervergleich seit Jahren im Spitzenfeld. Die hohe Wohnkostenbelastung reicht insbesondere bei Einpersonenhaushalten mit teilweise mehr als 50 Prozent des Haushaltseinkommens weit in die Mitte der Gesellschaft. Gleichzeitig ist der private Wohnungsmarkt in der Stadt Salzburg mit durchschnittlichen Preisen von rund 22 Euro pro Quadratmeter für einkommensschwache Haushalte weitgehend unzugänglich (siehe dazu: Team Rauscher (2026)). Der leistbare Mietwohnungsmarkt – insbesondere geförderte und Gemeindewohnungen – kann die bestehende Nachfrage nicht ausreichend decken; zugleich sind die Zugänge teilweise mit hohen Zugangshürden verbunden. Wohnversorgung wird damit zu einer Frage sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Die Wohnbedarfserhebungen des Forum Wohnungslosenhilfe weisen seit Jahren darauf hin, dass die hohen Wohnkosten eine zentrale Ursache von Wohnungs- und Obdachlosigkeit darstellen. Die Vermeidung und Beendigung von Wohnungslosigkeit kann deshalb nicht allein durch individuelle Unterstützung oder das bestehende Hilfesystem erfolgen. Sie setzt ausreichend verfügbaren, leistbaren, dauerhaften und zugänglichen Wohnraum voraus.

Das Hilfesystem im Spannungsfeld von hoher Fachlichkeit und strukturellen Defiziten

Die Stadt Salzburg verfügt über ein gut ausdifferenziertes System der Wohnungslosenhilfe, tragfähige Vernetzungsstrukturen und langjährig gewachsene Kooperationen mit Behörden und anderen Institutionen. Diese Strukturen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung und Unterstützung von Menschen in Wohnversorgungskrisen. Gleichzeitig zeigt die fachliche Praxis, dass soziale Arbeit strukturelle Defizite des Wohnungsmarktes und der sozialen Sicherung nicht dauerhaft kompensieren kann. Wenn geeigneter und leistbarer Wohnraum nicht ausreichend verfügbar ist, wenn Zugänge zur Wohnversorgung zu hochschwierig sind oder spezifische Bedarfe nicht ausreichend berücksichtigt werden, stößt auch ein fachlich gut aufgestelltes Hilfesystem an seine Grenzen.

Daraus folgt die Notwendigkeit eines Perspektivwechsels: Wohnungslosigkeit darf nicht erst dort bearbeitet werden, wo Menschen bereits ihre Wohnung verloren haben. Wohnversorgungskrisen müssen früher erkannt, strukturelle Risiken reduziert und der Zugang zu dauerhaftem und leistbarem Wohnraum sowie bedarfsgerechter Unterstützung abgesichert werden. Prävention, Intervention und die nachhaltige Beendigung von Wohnungslosigkeit sind daher als miteinander verbundene Aufgaben zu verstehen. Dafür braucht es eine enge Zusammenarbeit von Wohnungs-, Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik auf allen politischen Ebenen. Ebenso unverzichtbar sind evidenzbasierte Daten und die Erfahrungen der Wohnungslosenhilfe als Grundlage für politische Planung und Entscheidungen.

Politisches Handlungspotential

Das vorliegende Positionspapier nimmt diese Perspektive auf. Es verbindet die Erfahrungen und die Expertise der Wohnungslosenhilfe mit einer sozialwissenschaftlichen Betrachtung der strukturellen Bedingungen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Im Mittelpunkt stehen ausgewählte Themenfelder, die für Menschen in Wohnversorgungskrisen in Salzburg von besonderer Bedeutung sind.

Ziel ist es, strukturelle Ursachen sichtbar zu machen, bestehende Versorgungslücken zu benennen und konkrete fachpolitische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dabei geht es um mehr als die Absicherung eines bestehenden Hilfesystems: Es geht um die gesellschaftliche Verantwortung, allen Menschen Zugang zu einem sicheren, leistbaren, dauerhaften und bedarfsgerechten Zuhause zu ermöglichen.

Das Forum Wohnungslosenhilfe versteht Wohnungslosigkeit daher nicht als individuelles Versagen, sondern als gesellschaftliche Herausforderung. Die Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist eine gemeinsame politische Verantwortung. Wenn Wohnen das „topografische Zentrum der Existenz“ ist, muss die Sicherung dieses Zentrums eine zentrale Aufgabe aller dafür relevanten politischen Handlungsfelder sein.

European Homelessness Count

Das Forschungsprojekt European Homelessness Count wurde auf europäischer Ebene von der KU Leuven organisiert und zielte auf die Zählung obdach- und wohnungsloser Personen in 15 (2024) beziehungsweise 35 (2025) Städten der EU ab¹. Die KU Leuven fungierte dabei als zentrale Koordinationsstelle, während Forschungspartner:innen auf nationaler Ebene die Zählungen in den jeweiligen Städten begleiteten. Ziel des EU Homelessness Count war es, mittels der ETHOS Light Typologie² als gemeinsamer Definition und einer einheitlichen methodischen Herangehensweise eine EU-weite Datenbasis zu Obdach- und Wohnungslosigkeit zu erarbeiten.

In Österreich nahmen Salzburg und Innsbruck an der Zählung teil. Die Ausgangssituation in den beiden Städten stellte sich dabei denkbar unterschiedlich dar: Während in Salzburg bereits seit 1995 Zählungen obdach- und wohnungsloser sowie prekär wohnender Menschen durchgeführt werden, handelte es sich in Innsbruck um die erste umfangreiche Erfassung unterschiedlicher Formen von Obdach- und Wohnungslosigkeit. Während in Salzburg somit bereits eine etablierte Methodologie sowie praktische Erfahrungen in der Umsetzung einer Zählung von Menschen in Wohnungsnot vorlagen, musste die Erhebung für Innsbruck gänzlich neu konzipiert werden.

Da Salzburg bereits auf einen bestehenden Fragebogen sowie auf ein Netzwerk teilnehmender Organisationen zurückgreifen konnte – unter anderem Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, des Sozial- und Gesundheitssystems sowie kirchliche Einrichtungen –, stand in der Vorbereitung der Zählung die Integration der Salzburger Erhebung mit den Vorgaben des EU Homelessness Count im Vordergrund. Dies betraf insbesondere die Kernvariablen der EU-weiten Erhebung, die Geschlecht, Alterskategorie, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltstitel, Haushaltszusammensetzung, Dauer der Wohnungslosigkeit, unmittelbare Auslöser der Wohnungslosigkeit sowie den Schlafplatz nach ETHOS Light umfassten und von den teilnehmenden Städten verpflichtend zu erheben waren. In einem iterativen Prozess wurden die einzelnen Variablen in die Salzburger Erhebung integriert und die Antwortkategorien mit den Vorgaben des EU Homelessness Count harmonisiert. Ein individueller Identifikationscode diente zur Vermeidung von Doppelzählungen; der Schlafplatz nach der ETHOS Light Typologie wurde für den Stichtag 1.10.2025 erfasst. Über die Integration der Kernvariablen des EU Homelessness Count wurde somit die Harmonisierung der

Daten auf EU-Ebene sichergestellt. Organisiert wurde die Erhebung für das gesamte Bundesland vom Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg und dessen Mitgliedern; die Schlafplätze obdach- und wohnungsloser Personen, die sich in der Stadt Salzburg aufhielten, wurden für den EU Homelessness Count in einem gesonderten Datensatz ausgewertet.

Die Daten wurden im Zeitraum von 1.10.2025 bis 31.10.2025 vom Netzwerk der an der Zählung teilnehmenden Organisationen erhoben. Ein am 1.10. in zentralen Stadtteilen und bekannten Hotspots durchgeführter Street Count durch Mitarbeiter:innen des Caritas Streetwork MoSES sowie von Vinzi Dach komplettierte die Erhebung. Im genannten Zeitraum wurden von 36 Organisationen 910 auswertbare Datensätze für die Stadt Salzburg erfasst, die in die Auswertung nach den Vorgaben des EU Homelessness Count einfließen. Hinzu kamen 40 Kinder, die als mitziehende Minderjährige erfasst wurden.

Ergebnisse für die Stadt Salzburg

Die Ergebnisse ermöglichen eine strukturierte Betrachtung des Ausmaßes und Profils von Obdach- und Wohnungslosigkeit in Salzburg³. Die wichtigste Kernvariable stellte dabei zunächst der Schlafplatz nach ETHOS Light dar: So nächtigten 202 Personen (22 %) im öffentlichen Raum (ETHOS Light 1), 121 Personen (13 %) übernachteten in Notschlafstellen (ETHOS Light 2), 129 Personen (14 %) lebten in temporären oder Übergangswohnformen der Wohnungslosenhilfe (ETHOS Light 3), 60 Personen (7 %) waren in öffentlichen Institutionen untergebracht ohne eigenen Schlafplatz nach Entlassung (ETHOS Light 4); 57 Personen (6 %) lebten in Wohnprovisorien (ETHOS Light 5) und 341 Personen (37 %) lebten mangels eigenen Wohnraums bei Freund:innen oder Familie (ETHOS Light 6). Hinsichtlich der Geschlechterverteilung waren rund 78 % männlich und 22 % weiblich. 112 Personen (12 %) waren zwischen 18 und 24 Jahren, 129 Personen (14 %) waren zwischen 25 und 29 Jahren, 447 Personen (49 %) waren zwischen 30 und 49 Jahren, 177 Personen (19 %) waren zwischen 50 und 64 Jahren alt und 45 Personen (5 %) waren älter als 65 Jahre. 359 Personen (41 %) besaßen die österreichische Staatsbürger:innenschaft, 264 Personen (30 %) waren EU-Bürger:innen und 257 Personen (29 %) waren Nicht-EU-Bürger:innen. 598 Personen (73 %) verfügten über einen permanenten Aufenthaltstitel, 164 Personen (20 %) verfügten über einen temporären Aufenthaltstitel und 49 Personen (6 %) waren undokumentiert im Land aufhältig.

Über 90 % der gezählten Personen waren alleinstehend, während 14 Personen (2 %) alleinstehend mit Kind(ern) lebten, 37 Personen (5 %) mit Partner:in, jedoch ohne Kinder, lebten und 14 Personen (2 %) mit Partner:in und Kind(ern) lebten. Beinahe 48 % der erfassten Personen waren kürzer als ein Jahr von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen, rund 16 % waren zwischen einem und zwei Jahren obdach- oder wohnungslos und etwa 36 % waren länger als zwei Jahre betroffen. Rund 17 % aller erfassten Personen waren sogar länger als fünf Jahre obdach- oder wohnungslos. In Bezug auf die Auslöser gaben 458 Personen finanzielle Gründe an, 252 Personen internationale Migration, 218 Personen familiäre Probleme, 164 Personen gesundheitliche Probleme einschließlich Suchterkrankungen, 119 Personen Entlassung aus Institutionen, 108 Personen Delogierung beziehungsweise Verlust von Wohnraum sowie 35 Personen häusliche Gewalt (Mehrfachnennungen waren möglich).

Insgesamt wiesen die Daten auf eine große Anzahl von Menschen im öffentlichen Raum hin, deren Daten insbesondere während des eintägigen Street Counts erfasst wurden. Ebenso wurde eine beträchtliche Anzahl von Personen in verdeckter Wohnungslosigkeit (ETHOS Light 6, bei Bekannten oder Familie wohnend) erfasst. Besonders hervorzuheben ist zudem die hohe Zahl junger Menschen und junger Erwachsener. Darüber hinaus sind viele der erfassten Personen erst relativ kurze Zeit betroffen, was auf Handlungspotenziale zur Vermeidung der Verfestigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit hinweist.

Vergleich mit Innsbruck

Im Vergleich zur zweiten teilnehmenden Stadt, Innsbruck⁴, fiel auf, dass eine ähnlich große Anzahl an Personen im öffentlichen Raum (ETHOS Light 1) oder in Notschlafstellen (ETHOS Light 2) nächtigte. Innsbruck wies deutlich mehr Personen in temporären und Übergangswohnformen der Wohnungslosenhilfe auf und beherbergte dort eine überdurchschnittliche Anzahl an Frauen. Anteilmäßig lebte ein ähnlich großer Anteil der erfassten Personen bei Freund:innen oder Familie (ETHOS Light 6), was die jeweils größte Gruppe unter allen Subpopulationen nach ETHOS Light darstellte. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Städten zeigte sich hinsichtlich der Staatsangehörigkeit: Der größte Teil der Betroffenen in Salzburg (beinahe 41 %) besaß die österreichische Staatsbürgerschaft, während Nicht-EU-Bürger:innen mit beinahe 46 % der Teilnehmenden die größte Gruppe in Innsbruck bildeten. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die vorliegenden Zahlen aufgrund der Spezifik der jeweiligen Erhebungskontexte stets vor dem Hintergrund des lokalen Erhebungsprozesses sowie des jeweils involvierten Netzwerks an Einrichtungen zu lesen und zu interpretieren sind.

Die Salzburger Wohnbedarfserhebung, die seit 1995 umgesetzt und vom Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg koordiniert wird, stellt diesbezüglich europaweit eine Ausnahmeerscheinung dar und liefert eine konsistente Datengrundlage zur regionalen Entwicklung von Wohnungsnot, auf der politisches Handeln aufbauen kann. Letztlich gebührt allen beteiligten Organisationen, den Zählenden sowie dem Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg und dessen Mitgliedern an dieser Stelle großer Dank. Nur durch dieses gemeinsame Engagement kann es gelingen, verlässliche Daten zu einem der wichtigsten sozialen Probleme unserer Zeit zu generieren.

Die Ergebnisse der Zählungen, die im Rahmen des EU Homelessness Count in Salzburg und Innsbruck durchgeführt wurden, können auf der Projekthomepage der KU Leuven eingesehen werden⁵.

Politisches Handlungspotential

Eine Fortsetzung der Zählungen und die mittel- bis langfristige Erarbeitung einer geteilten Datenbasis wären für Österreich wie auch auf EU-Ebene wünschenswert. Dafür benötigt es eine gemeinsame Strategie zur Organisation von Zählungen, einschließlich rechtlicher Vorgaben, gesicherter Finanzierung, einer gemeinsamen Herangehensweise und Definition von Obdach- und Wohnungslosigkeit sowie einer zentralen Koordinationsstelle. Die EU Homelessness Counts haben gezeigt, wie dies gelingen kann und welche Schritte dazu nötig sind. Für die Umsetzung von Obdach- und Wohnungslosenzählungen wurde damit ein klarer Handlungsrahmen geschaffen, an dem sich Entscheidungsträger:innen wie Praktiker:innen orientieren können und der als Grundlage für zukünftige Zählungen dienen kann. Jedenfalls wurde damit die Möglichkeit eröffnet, verlässliche Zahlen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu generieren. Inwiefern dies gelingt und die Chance der Erarbeitung einer gemeinsamen Datenbasis über lokale Kontexte hinweg genutzt wird, bleibt abzuwarten.

1 https://www.kuleuven.be/lucas/en/eu_homelessness_counts

2 <https://www.feantsa.org/files/Home/ETHOS/PDFS/ETHOS-Light.pdf>

3 <https://www.kuleuven.be/lucas/en/images/results-ehc-2025-salzburg.pdf>

4 <https://www.kuleuven.be/lucas/en/images/results-ehc-2025-innsbruck.pdf>

5 https://www.kuleuven.be/lucas/en/eu_homelessness_counts

Strukturelle Voraussetzungen zu Bekämpfung und Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind keine unvermeidbaren Begleiterscheinungen moderner Gesellschaften, sondern die Folge politischer und struktureller Rahmenbedingungen. Mit der Lissabon-Deklaration von 2021 hat sich die Europäische Union – gemeinsam mit Österreich – das Ziel gesetzt, Obdachlosigkeit bis 2030 schrittweise zu beenden (European Platform on Combating Homelessness [2021]). Dieses Ziel ist erreichbar, wenn Wohn-, Sozial- und Gesundheitspolitik gemeinsam handeln und den Zugang zu leistbarem Wohnraum in den Mittelpunkt stellen. Wohnen ist die Grundlage für Gesundheit, Bildung, Erwerbsarbeit und gesellschaftliche Teilhabe – und damit eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Die Wohnbedarfserhebungen des Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg zeigen seit Jahren einen kontinuierlichen Anstieg der dokumentierten Wohnungsnot. Lediglich während der COVID-19-Pandemie kam es aufgrund von Kontakt-Einschränkungen und Lockdowns zu einem vorübergehenden Rückgang der erfassten Fälle. Seit 2022 steigen die Zahlen wieder deutlich an und haben das Vorkrisenniveau überschritten. Besonders dynamisch entwickelt sich dabei die schwerste Form der Wohnungsnot – die Obdachlosigkeit. Im Jahr 2025 lebten 1.477 Menschen in Salzburg in Wohnungsnot, davon 524 in Obdachlosigkeit – der höchste bisher dokumentierte Wert. Die Ursache liegt dabei nicht in individuellem Fehlverhalten, sondern im Mangel an leistbarem und zugänglichem Wohnraum. Wohnungsnot beginnt dort, wo Wohnen nicht mehr leistbar ist.

Die entscheidenden strukturellen Hebel

Der wirksamste Hebel zur Beendigung von Obdachlosigkeit liegt in der Wohnpolitik. Das Land Salzburg prognostiziert bis 2030 einen jährlichen Bedarf von rund 1.900 neu zu errichtenden Wohnungen, etwa die Hälfte davon in der Stadt Salzburg und ihrem Umland (vgl. Land Salzburg [2026 b]). Zwar sinkt der prognostizierte Bedarf bis 2045, angesichts der tatsächlich realisierten Neubauten der letzten Jahre ist jedoch von erheblichen Nachholeffekten auszugehen. Entscheidend ist dabei nicht nur die Anzahl neuer Wohnungen, sondern vor allem deren Leistbarkeit. Geförderter Mietwohnraum ist eine zentrale soziale Infrastruktur und Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe. Wohnbaupolitik muss sich daher konsequent am tatsächlichen Wohnbedarf orientieren, nicht an Renditeerwartungen. Gleichzeitig braucht Salzburg eine konsequente Aktivierung bestehender Wohnraumreserven. Leerstehende Wohnungen, Zweitwohnsitze und zweckentfremdeter Wohnraum entziehen dem Markt dringend benötigte Kapazitäten. Alleine in der Stadt Salzburg gelten 2500 leerste-

hende Wohnungen als aktivierbar (Salzburger Institut für Raumordnung [2024]). Dem stehen aktuell 2000 aktive Anträge beim Wohnservice der Stadt Salzburg gegenüber, augenscheinlich eine durchaus relevante Größenordnung.

Ebenso wichtig wie die Schaffung neuen Wohnraums ist dessen langfristige Sicherung. Menschen, die erstmals in Wohnungsnot geraten, benötigen häufig kurzfristige finanzielle und sozialarbeiterische Unterstützung. Menschen mit verfestigter Wohnungslosigkeit brauchen hingegen längerfristige Begleitung. Housing First hat sich dabei als besonders wirksam erwiesen. Es folgt dem einfachen Grundsatz: Eine eigene Wohnung ist nicht die Belohnung einer gelungenen Stabilisierung, sondern ihre Voraussetzung. Erst ein gesichertes Zuhause ermöglicht nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Gesundheit, Beschäftigung und sozialer Integration.

Mindestens ebenso bedeutsam ist Prävention. Wohnungsnot darf gar nicht erst entstehen. Der Ausbau von Delogierungsprävention, Mietschuldenberatung und frühzeitigen Unterstützungsangeboten sowie koordinierte Übergänge aus Krankenhäusern, Justizanstalten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und anderen stationären Einrichtungen verhindern Wohnungsverluste an den Schnittstellen der sozialen Sicherungssysteme.

Die Salzburger Sozialunterstützung (vormals Mindestsicherung) ist nicht nur für den Erhalt von Wohnraum essentiell, sondern schafft in vielen Fällen auch Zugang zum Wohnungsmarkt, da bis zu 660€ Wohnkosten abgedeckt und auch Kautionen zugesichert werden können. Im Gegensatz zu Löhnen, Mieten und anderen Sozialleistungen wurden die entsprechenden Richtsätze jedoch nicht an die Inflation angepasst, was mittlerweile zu Problemen führt.

Investitionen rechnen sich

Internationale Forschung zeigt übereinstimmend: Nicht die Beendigung von Wohnungsnot ist teuer, sondern ihre dauerhafte Verwaltung. Menschen ohne Wohnung verursachen aufgrund häufiger Notfallversorgung, Krankenhausaufenthalte, Polizei- und Justizeinsätze sowie Notunterbringung deutlich höhere öffentliche Kosten. Die landesweite Evaluation der finnischen Housing-First-Strategie zeigt direkte Einsparungen von rund 9.600 Euro pro wohnversorgter Person und Jahr. Hinzu kommen vermiedene Folgekosten in den Bereichen Gesundheit, Justiz und soziale Sicherung von rund 15.000 Euro pro Person und Jahr (vgl. dazu: Y-Foundation [2017]).

Auch die Wirkungsstudie zum Salzburger Housing-First-Angebot von VinziDach unterstreicht diese Ergebnisse (siehe im Detail: IIBW [2025]). Die Wohnstabilität der betreuten Personen liegt bei 93 Prozent, gleichzeitig gingen stationäre Krankenhausaufenthalte um rund 68 Prozent zurück. Allein im Gesundheitsbereich ergibt

sich dadurch eine jährliche Entlastung von zumindest 100.000 Euro in Salzburg. Es stellt sich daher nicht die Frage, ob sich Salzburg Investitionen in leistbaren Wohnraum und wirksame Angebote leisten will, sondern ob sich Salzburg die dauerhaften Folgekosten von Obdachlosigkeit leisten kann.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind kein Naturgesetz.

Wohnungsnot ist weder unvermeidbar noch Ausdruck individuellen Scheiterns. Die fachlichen Konzepte zu Bekämpfung, Bewältigung und Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit liegen vor, erfolgreiche Modelle sind erprobt und die wirtschaftlichen Vorteile sind belegt (siehe etwa: IIBW [2025]). Es fehlt nicht an Wissen, sondern an konsequenten politischen Entscheidungen. Wer Wohnen als Grundrecht anerkennt, muss die strukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, damit Obdachlosigkeit dauerhaft beendet werden kann.

Politisches Handlungspotential

Die Wohnungslosenhilfe muss künftig als gleichberechtigte Partnerin der Wohn- und Sozialpolitik verstanden werden. Sie verfügt über unmittelbare Erfahrung darüber, an welchen Schnittstellen Menschen ihre Wohnung verlieren und welche Maßnahmen dauerhaft wirken. Diese Expertise ist für Wohnungsvergabe, Sozialplanung und Prävention unverzichtbar. Nur durch eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Land, Gemeinden, gemeinnützigen Wohnbauträgern und der Wohnungslosenhilfe kann das Ziel der Lissabon-Deklaration erreicht werden.

Das Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg fordert daher:

- den konsequenten Ausbau des geförderten Mietwohnungsbaus
- ausreichend finanzielle Mittel durch Zweckbindung von Wohnbauförderungsmitteln
- die Aktivierung von Leerstand sowie die wirksame Begrenzung der Zweckentfremdung von Wohnraum
- die dauerhafte Absicherung von Delogierungsprävention und Wohnraumsicherung über die Laufzeit des Wohnschirms hinaus
- den weiteren Ausbau von Housing First sowie anderer ambulanter Wohnbetreuungsangebote (bspw. Übergangswohnungen, 24/7 Notunterkunft) für unterschiedliche Zielgruppen und im Sinne der Regionalisierung von Angeboten nicht ausschließlich in der Stadt Salzburg, sondern auch in anderen Bezirken
- eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Wohnpolitik und Wohnungslosenhilfe, die konsequente Umsetzung der Ziele der Lissabon-Deklaration in Salzburg sowie
- die Unterzeichnung der European Bill of Rights for People Experiencing Homelessness (siehe dazu: FEANTSA [2017]) als klares Bekenntnis zu den Rechten wohnungsloser Menschen.
- Erhöhung der Richtsätze „Höchstzulässiger Wohnaufwand“ und „Leistung für die Beschaffung von Wohnraum“ in den Sozialunterstützungsverordnungen Wohnen und Sonderbedarfe, kombiniert mit einem Indexierungs-Automatismus.

Frauenwohnungslosigkeit bleibt häufig unsichtbar

Geschlechtsspezifische Risiken erkennen und Wohnsicherheit schaffen

Wohnungslosigkeit von Frauen ist in Salzburg häufig weniger sichtbar als jene von Männern und wird deshalb besonders leicht übersehen. Befunde aus Europa und Österreich weisen darauf hin, dass Frauenwohnungslosigkeit in besonderem Maß durch verdeckte und damit statistisch unzureichend erfasste Wohnungsnotlagen geprägt ist. Auch die Salzburger Wohnbedarfserhebung 2025 zeigt eine deutliche geschlechtsspezifische Ungleichverteilung: 72 Prozent der erfassten Personen sind männlich, 27 Prozent weiblich, während Frauen 51,5 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung ausmachen. Diese Differenz ist nicht als geringere Betroffenheit von Frauen zu verstehen, sondern verweist auf Wohnungsnotlagen, die von herkömmlichen Erhebungssystemen nur unzureichend erfasst werden. Viele Frauen versuchen, den Verlust einer eigenen Wohnung durch das Unterkommen bei Verwandten oder Bekannten, das Verbleiben in instabilen Beziehungen oder das Aushalten prekärer Wohnverhältnisse zu vermeiden.

Mehrfachbelastungen erhöhen das Risiko von Wohnungsnot

Frauen werden nicht deshalb wohnungslos, weil sie individuell scheitern. Wohnungsnot entsteht dort, wo mehrere strukturelle Risiken zusammentreffen. Besonders relevant sind der Mangel an leistbarem Wohnraum und steigende Wohn- und Lebenshaltungskosten. Gleichzeitig sind Frauen aufgrund von Einkommensnachteilen, unterbrochenen Erwerbsbiografien und Teilzeitbeschäftigung infolge ungleich verteilter Carearbeit einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Trennung, Gewalt, psychische und körperliche Erkrankungen, fehlende soziale Netzwerke und unzureichend abgestimmte Unterstützungsangebote können diese Risiken weiter verstärken.

Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Frauen mit Gewalterfahrungen, Frauen in Trennungs- und Krisensituationen, Frauen mit psychischen oder Suchterkrankungen, junge volljährige Frauen nach Erfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfe, ältere Frauen mit niedrigen Pensionen sowie migrantische Frauen und Frauen mit unsicherem Aufenthaltsstatus. Häufig überlagern sich mehrere Benachteiligungen. Frauenwohnungslosigkeit ist deshalb vielfach Ausdruck mehrfacher sozialer Benachteiligung (siehe dazu u.a.: Bretherton & Mayock (2021).

Verdeckte Wohnungslosigkeit schafft Abhängigkeit und Unsicherheit

Scham, Angst vor Stigmatisierung, Gewalterfahrungen und – insbesondere bei Frauen mit Kindern – die Sorge vor behördlichen Eingriffen erschweren häufig die frühzeitige Inanspruchnahme von Unterstützung. Wohnungsnot zeigt sich etwa durch das Unterkommen bei Bekannten oder Verwandten, das Leben in gewaltbelasteten Beziehungen oder im Rahmen prekärer Wohnverhältnisse wie Überbelag, Substandard, Schimmel und anderen gravierenden Mängeln. Auch Frauen, die nicht im Mietvertrag stehen, über keine gesicherte Meldeadresse verfügen, überhöhte Wohnkosten tragen oder bereits von Delogierung bedroht sind, befinden sich in unsicheren Wohnsituationen. Eine fehlende Meldeadresse erschwert zusätzlich den Zugang zu Arbeit, sozialer Absicherung und Wohnversorgung. Verdeckte Wohnungslosigkeit ist deshalb selbst eine erhebliche psychosoziale Belastung. Der Verlust von Privatsphäre, konflikthafte Wohnverhältnisse und Abhängigkeiten schränken die Handlungsspielräume der betroffenen Frauen erheblich ein.

Auch der Ausstieg aus prekären Wohnverhältnissen scheitert häufig an finanziellen Hürden. Kaution, Erstausrüstung und Möbel stellen unmittelbare Einstiegskosten dar. Gleichzeitig liegen die anerkannten Richtsätze von Sozialunterstützung und Wohnbeihilfe bei hohem Mietniveau teilweise unter den tatsächlichen Wohnkosten. Selbst bei bestehendem Unterstützungsanspruch kann dadurch kein sicherer und leistbarer Wohnraum erschlossen werden.

An den Schnittstellen entscheidet sich, ob Wohnungsnot eskaliert

Strukturelle Defizite zeigen sich besonders an den Schnittstellen zwischen Gewaltschutz, Wohnungslosenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialunterstützung, Gesundheitssystem und psychosozialer Versorgung. Nach Trennungen, bei drohendem Wohnungsverlust, nach Klinikaufenthalten oder in psychischen Krisen muss Unterstützung rasch, verbindlich und koordiniert erfolgen. Verzögerungen können unmittelbar existenzielle Folgen haben, etwa bei Unterhaltsansprüchen oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren. Gerade Alleinerziehende sind dadurch trotz hoher Mehrfachbelastung gezwungen, existenzielle Ansprüche selbst durchzusetzen. Rasches und koordiniertes Handeln ist daher ein zentrales Kriterium wirksamer Prävention.

Auch wohnpolitische Zugangsvoraussetzungen können bestehende Benachteiligungen verstärken. Für bestimmte Gruppen ist nach den seit 2025 geltenden Salzburger Regelungen beim Zugang zu geförderten Mietwohnungen unter anderem ein Nachweis von Deutschkenntnissen auf Niveau A2 erforderlich (siehe dazu: Stadt Salzburg (o.J.)). Für Frauen, die gleichzeitig Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung, Trennung, Gewaltfolgen oder aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten bewältigen müssen, können solche Anforderungen zu zusätzlichen Zugangshürden werden.

Ein grundlegendes Problem liegt darin, dass Wohnungslosigkeit häufig anhand sichtbarer, überwiegend männlicher Obdachlosigkeit gedacht wird. Geschlechtsspezifische Formen verdeckter Wohnungsnot, weiblicher Schutzbedarf und komplexe Abhängigkeitsverhältnisse geraten dadurch zu wenig in den Blick.

Wohnungslosigkeit gefährdet Gesundheit, Sicherheit und Teilhabe

Wohnungslosigkeit gefährdet die körperliche und psychische Gesundheit, erhöht das Risiko von Gewalt, Ausbeutung und Abhängigkeit und erschwert den Zugang zu Arbeit, sozialer Sicherung und medizinischer Versorgung. Instabile Wohnverhältnisse untergraben das Sicherheitsgefühl und die psychische Stabilität und schränken die Handlungsmöglichkeiten der betroffenen Frauen langfristig ein.

Studien zeigen eine besonders hohe Betroffenheit wohnungsloser Frauen durch Depressionen, Angststörungen, posttraumatische Belastungsstörungen sowie Alkohol- und andere Substanzgebrauchsstörungen (vgl. dazu: Schmidinger [2014]). Der Zusammenhang ist wechselseitig: Psychische Erkrankungen können das Risiko eines Wohnungsverlustes erhöhen, während Wohnungslosigkeit und gewaltbelastete Lebensverhältnisse psychische Belastungen verstärken oder neu auslösen können (vgl. dazu: Schoibl [2021]). Eine aktuelle Langzeitstudie weist zudem auf ein deutlich erhöhtes Suizidrisiko bei wohnungslosen Menschen hin, wobei Frauen besonders stark betroffen sind (Nilsson [2025]).

Prekäre Wohnverhältnisse betreffen häufig auch die Kinder. Instabile, überbelegte oder gewaltbelastete Wohnsituationen beeinträchtigen ihre Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen und können soziale und gesundheitliche Benachteiligungen über Generationen hinweg verstärken.

Schutzangebote sind unverzichtbar – dauerhafter Wohnraum bleibt aber entscheidend

Salzburg verfügt über wichtige frauenspezifische Unterstützungsangebote. Safe Home Salzburg verbindet etwa Übergangswohnen für Frauen und ihre Kinder mit Beratung und Stabilisierung. Solche Angebote sind insbesondere bei Gewalterfahrungen von hoher Bedeutung, weil sie Schutz, vorübergehende Wohnsicherung und psychosoziale Unterstützung verbinden. Gleichzeitig sind die bestehenden Angebote in Reichweite und Dauer begrenzt. Safe Home kann andere Formen von Wohnungsnot nicht vollständig abdecken. Zeitlich befristete Angebote stoßen zudem dort an Grenzen, wo nach der Stabilisierung kein dauerhaft leistbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Es entstehen Flaschenhälse, wenn der Übergang in eine langfristige Wohnversorgung nicht gelingt.

Auch die sozialarbeiterische Unterstützung des Wohnservice und das Angebot von VinziDach- Housing-First Salzburg, leisten wichtige Beiträge zur Wohnstabilisierung. Gleichzeitig bestehen Zugangsvoraussetzungen und strukturelle Begrenzungen. Gerade psychosozial instabile Menschen können aufgrund brüchiger Lebensverläufe Schwierigkeiten haben, bestehende Voraussetzungen zu erfüllen.

Politisches Handlungspotential

Frauenwohnungslosigkeit ist in erster Linie kein individuelles Problem, sie ist Ausdruck struktureller Lücken in Wohnversorgung, Existenzsicherung, Gewaltschutz und sozialer Infrastruktur. Salzburg braucht eine Politik, die Schutz, Wohnen und Unterstützung so miteinander verbindet, dass aus prekären Übergängen wieder verlässliche Lebensperspektiven entstehen. Wer Frauenwohnungslosigkeit wirksam verhindern will, muss verdeckte Wohnungsnot erkennen, geschlechtsspezifische Risiken berücksichtigen und frühzeitig handeln. Prävention ist dabei nicht nur sozialpolitisch geboten, sondern verhindert auch die hohen individuellen, gesellschaftlichen und finanziellen Folgekosten verfestigter Wohnungslosigkeit.

Das Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg fordert daher:

- den Ausbau von leistbarem, dauerhaft gesichertem und rasch zugänglichem Wohnraum für Frauen, insbesondere für akut wohnungsgefährdete Frauen und Alleinerziehende
- die systematische Berücksichtigung frauenspezifischer Bedarfe in allen Wohnbauprogrammen, unter anderem durch eigene Housing-First-Kontingente für Frauen und bedarfsgerechte Angebote für psychisch erkrankte Frauen
- den Ausbau frauenspezifischer, niedrighschwelliger und traumasensibler Beratungs-, Unterbringungs- und Wohnbegleitungsangebote
- eine verbindliche Koordination der Schnittstellen zwischen Gewaltschutz, Wohnungslosenhilfe, Gesundheit, psychosozialer Versorgung, Kinder- und Jugendhilfe und Sozialverwaltung
- den Ausbau der Prävention von Wohnungsverlust, insbesondere bei Mietrückständen, Trennung, Gewalt, psychischen Krisen und instabilen Übergängen, einschließlich schnell zugänglicher finanzieller Unterstützung
- die systematische Erfassung und Berücksichtigung verdeckter Frauenwohnungslosigkeit in Daten, Planung und Berichterstattung
- die stärkere Ausrichtung von Frauennoteinrichtungen, Tageszentren und gemischtgeschlechtlichen Angeboten an Schutz-, Sicherheits- und Unterstützungsbedarfen von Frauen, unter anderem durch getrennte Aufenthalts- und Rückzugsbereiche sowie eigenständige frauenspezifische Angebote, wo diese erforderlich sind.

Kinder und Jugendliche in Wohnungsnot

Wohnungsnot von Kindern und Jugendlichen beginnt häufig im Verborgenen

Wohnungsnot bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bleibt häufig unsichtbar. Anders als bei erwachsenen Menschen zeigt sie sich nicht zwangsläufig durch das Leben auf der Straße oder in einer Notunterkunft. Junge Menschen finden vorübergehend bei Eltern, Verwandten, Freund:innen oder Bekannten Unterschlupf und können dadurch ihre Wohnversorgungskrise häufig über längere Zeit verbergen. Diese informellen Lösungen können kurzfristig Schutz bieten, sind aber keine dauerhaft gesicherte Wohnversorgung. Von dieser Notlösung machen insbesondere junge Menschen Gebrauch. Das vorübergehende Unterkommen im privaten Umfeld kann zwar eine akute Notlage abfedern, schafft aber keine dauerhafte Sicherheit. Abhängigkeiten von einzelnen Personen, häufige Wohnungswechsel oder der Verlust des privaten Unterstützungsnetzes können jederzeit dazu führen, dass aus einer verdeckten Wohnungsnot eine offene Wohnungslosigkeit wird.

Wohnungsnot gefährdet den Übergang ins Erwachsenenleben

Die Jugend- und junge Erwachsenenphase ist eine entscheidende Lebensphase für Bildung, Ausbildung, Erwerbstätigkeit und den Aufbau eines selbstständigen Lebens. Fehlende Wohnsicherheit kann diese Entwicklung unmittelbar beeinträchtigen. Wer keinen stabilen Wohnort hat, hat schlechtere Voraussetzungen, eine Schule erfolgreich abzuschließen, eine Ausbildung aufzunehmen oder fortzusetzen und nachhaltig am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Besonders problematisch sind dabei Übergänge. Mit der Volljährigkeit verändern sich Zuständigkeiten und Unterstützungssysteme, während sich die tatsächliche Lebenssituation junger Menschen nicht automatisch verändert. Junge Erwachsene, die bereits vor ihrem 18. Geburtstag mit familiären Konflikten, instabilen Wohnverhältnissen oder anderen Belastungen konfrontiert waren, benötigen häufig weiterhin Unterstützung. Fehlt diese, kann der Übergang in die Volljährigkeit selbst zu einem Risiko für Wohnungsverlust werden (siehe dazu: Keen et al. (2023).

Auch der Zugang zum regulären Wohnungsmarkt stellt junge Menschen vor erhebliche Hürden. Geringe oder noch nicht gesicherte Einkommen, fehlende finanzielle Rücklagen und fehlende Wohnbiografien erschweren den Zugang zu leistbaren Wohnungen. Gleichzeitig werden gerade junge Menschen häufig auf private Unterstützungsnetzwerke verwiesen, obwohl diese nicht bei allen vorhanden oder dauerhaft tragfähig sind.

Die Daten zeigen Handlungsbedarf

Die erhobenen Daten bestätigen, dass für Jugendliche und junge Erwachsene weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht. Auch wenn die veränderte methodische Erfassung im Jahr 2025 die direkte Vergleichbarkeit mit den Vorjahren einschränkt, kann keine wesentliche nachhaltige Verbesserung der Situation der betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen beobachtet werden. Besonders besorgniserregend ist die Situation von Kindern, die gemeinsam mit ihren Eltern von Wohnungsnot betroffen sind. Im Gesamtdatensatz (Forum WLH (2026) wurden im Oktober 2025 insgesamt 172 Minderjährige in Wohnungsnot dokumentiert. 20 mitziehende Kinder befanden sich sogar in den ETHOS-Light-Kategorien 1 bis 3 und damit in besonders prekären Wohnsituationen.

Diese Zahlen machen deutlich: Wohnungsnot betrifft nicht nur junge Erwachsene auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Auch Kinder wachsen unter Bedingungen auf, die ihre Entwicklung und ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen beeinträchtigen können. Wenn Kinder in prekären Wohnverhältnissen leben, ist dies immer auch ein Auftrag an die Politik, frühzeitig zu handeln.

Junge Menschen brauchen Zugang zu eigenem Wohnraum

Für Jugendliche und junge Erwachsene braucht es deshalb einen niederschweligen Zugang zu leistbarem Wohnraum. Insbesondere für junge Menschen in Ausbildung darf der Zugang zu einer geförderten Wohnung nicht daran scheitern, dass sie noch keine langjährige Erwerbsbiografie oder einen entsprechend langen Hauptwohnsitz vorweisen können.

Gleichzeitig braucht es Unterstützung über die Volljährigkeit hinaus. Der Übergang von der Kinder- und Jugendhilfe in die Systeme für Erwachsene darf nicht zu einem Bruch in der Betreuung führen. Unterstützung sollte sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und nicht allein an formalen Altersgrenzen. Dabei geht es nicht darum, junge Menschen dauerhaft in Unterstützungssystemen zu halten. Ziel muss vielmehr sein, frühzeitig eigenständiges Wohnen zu ermöglichen und die dafür notwendige Unterstützung so lange bereitzustellen, bis ein selbstständiges Leben tatsächlich gesichert ist.

Politisches Handlungspotential

Kinder und Jugendliche dürfen in der Wohnungsnot nicht erst dann sichtbar werden, wenn sie auf der Straße stehen. Gerade die Erfassung der vorübergehenden Unterbringung bei Familie, Freund:innen oder Bekannten zeigt, wie häufig junge Menschen ihre Wohnungsnot durch private Netzwerke auffangen. Diese Netzwerke sind wertvoll, dürfen aber nicht zur stillschweigenden Ersatzlösung für fehlende öffentliche Wohnversorgung werden.

Das Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg fordert daher:

- eine landesweite Möglichkeit der Antragstellung für eine geförderte Mietwohnung ab dem 17. Geburtstag, wenn ein Lehr- oder Ausbildungsverhältnis besteht, ohne Erfordernis einer langfristigen vorherigen Beschäftigung oder eines langjährigen Hauptwohnsitzes
- einen Rechtsanspruch auf Unterstützung für junge Volljährige nach dem Vorbild des deutschen § 41 SGB VIII, auch für Personen, die zuvor keine Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe erhalten haben
- die systematische Berücksichtigung von ETHOS-Light-Kategorie 6 in der Wohnungs- und Sozialplanung, damit das vorübergehende Unterkommen bei Familie, Freund:innen oder Bekannten als relevante Form von Wohnungsnot erkannt wird
- den Ausbau leistbarer und niederschwelliger Wohnangebote für Jugendliche und junge Erwachsene, insbesondere für junge Menschen, die aufgrund familiärer Konflikte oder anderer Krisen ihr bisheriges Zuhause verlieren
- verlässliche Übergänge zwischen Kinder- und Jugendhilfe und den Unterstützungssystemen für junge Erwachsene, damit mit dem Erreichen der Volljährigkeit keine Versorgungslücken entstehen
- spezifische Präventions- und Unterstützungsangebote für junge Frauen und Mädchen, die von prekären informellen Wohnverhältnissen besonders betroffen sind
- eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe, Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Wohnungswirtschaft, um drohenden Wohnungsverlust frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Migration und Wohnen

Strukturelle Zugangshürden verhindern sichere Wohnversorgung

Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sind auf dem Wohnungsmarkt besonders häufig mit strukturellen Zugangshürden und Diskriminierung konfrontiert. Wohnungswerber:innen mit nichtdeutschen Namen, mangelnden Deutschkenntnissen oder Akzent werden deutlich seltener zu Besichtigungsterminen eingeladen (vgl.: SORA (2023)). Gleichzeitig treffen fehlendes Wissen über den österreichischen Wohnungsmarkt und eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten auf hohe Mietpreise. Viele Betroffene sind dadurch gezwungen, sich auf prekäre oder irreguläre Mietverhältnisse einzulassen. Die Folgen sind häufig gravierende Wohnmängel wie Schimmel- und Parasitenbefall, schlechte Beheizbarkeit oder Probleme mit der Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Befristete Aufenthaltstitel können für Vermieter:innen zusätzliche Unsicherheit schaffen, wenn eine langfristige Vermietung bevorzugt wird. Besonders vulnerabel sind ältere Menschen mit Migrationsgeschichte. Fehlende digitale Kompetenzen, Sprachbarrieren, geringe soziale Netzwerke und gesundheitliche Einschränkungen erschweren Menschen über 60 Jahren den Zugang zum Wohnungsmarkt. Gleichzeitig stehen sie dem Arbeitsmarkt meist nicht mehr oder nur eingeschränkt zur Verfügung und verfügen häufig über geringe finanzielle Mittel, die für eine adäquate Wohnung in Salzburg nicht ausreichen.

Der Übergang aus der Grundversorgung wird zur kritischen Phase

Nach Zuerkennung eines Asylstatus startet für viele Menschen eine besonders kritische Phase: Asylberechtigte können nach Anerkennung ihres Schutzstatus noch bis zu vier Monate in der Grundversorgung bleiben. Danach endet nicht nur die finanzielle Unterstützung, sondern in der Regel auch der Anspruch auf einen Platz in der Grundversorgungsunterkunft. Gerade für Familien stellt diese kurze Übergangsfrist eine enorme Herausforderung dar. Leistbarer Wohnraum ist in Salzburg knapp, größere Wohnungen sind besonders schwer zu finden und in der Regel nicht finanzierbar. Kinderreiche Familien werden zudem häufig mit Vorurteilen konfrontiert und haben dadurch schlechtere Chancen am privaten Wohnungsmarkt. Die Folge ist, dass Familien länger als vorgesehen in Grundversorgungsquartieren bleiben müssen oder in unsichere, prekäre und meist beengte Wohnverhältnisse ausweichen.

Auch der Zugang zu gefördertem Wohnraum ist mit erheblichen Hürden verbunden. Nach der Salzburger Wohnbauförderungsverordnung (Land Salzburg [2025]) müssen Antragsteller:innen mehr als fünf Jahre ihren Hauptwohnsitz in Österreich gemeldet haben. Viele Gemeinden verschärfen diese Vorgaben durch eigene Richtlinien. Zusätzlich ist ein Deutschkenntnisnachweis auf Niveau A2 erforderlich. In der Stadt Salzburg müssen Antragsteller:innen fünf Jahre in der Stadt gemeldet sein und Personen mit Rot-Weiß-Rot-Karte erfüllen die Wohnungsvergaberichtlinien erst gar nicht (Siehe dazu: Stadt Salzburg [o.J.]). Damit bestehen gerade für jene Menschen, die nach Flucht und Migration erst beginnen, sich in Salzburg dauerhaft eine Existenz aufzubauen, erhebliche strukturelle Zugangshürden zu leistbarem Wohnraum.

Die Wohnbedarfserhebung zeigt die Folgen

Diese Rahmenbedingungen spiegeln sich auch in den Wohnstatusdaten der Wohnbedarfserhebung 2025 wider. Bei 179 Wohnstatusnennungen von Drittstaatsangehörigen gaben 77 Personen an, in ungesicherten Wohnverhältnissen zu leben. 40 Personen waren vorübergehend bei Bekannten untergebracht, 24 unmittelbar von einer Delogierung bedroht und 37 Personen obdachlos. Damit entfielen rund sieben Prozent aller 524 obdachlosen Personen in Salzburg auf diese Gruppe. Noch deutlicher zeigt sich die prekäre Wohnsituation bei EU-Bürger:innen – Notreisende nicht eingerechnet –, die zum Teil bereits lange in Salzburg leben. Von insgesamt 461 Wohnstatusnennungen entfielen 290 auf Obdachlosigkeit und bilden damit die größte Gruppe in dieser Kategorie.

Die Folgen reichen weit über den Verlust einer Wohnung hinaus. Unsichere Wohnverhältnisse und Obdachlosigkeit erschweren den Zugang zum Arbeitsmarkt, verzögern Integrationsprozesse, beeinträchtigen Schul-, Fort- und Ausbildungsmöglichkeiten und können zu einer langfristigen Abhängigkeit von Sozialleistungen führen. Wohnungslosigkeit im Kontext von Migration ist daher nicht auf individuelle Defizite zurückzuführen. Sie entsteht dort, wo strukturelle Zugangshürden auf einen angespannten Wohnungsmarkt treffen.

Integrationsstartwohnungen schaffen Perspektiven

Ein erfolgreiches Beispiel für nachhaltige Wohnungssicherung sind die Integrationsstartwohnungen der Stadt Salzburg, die durch den Diakonie Flüchtlingsdienst zugewiesen werden. Jährlich werden rund 70 Wohnungen an Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund vergeben, die bereits in einem aufrechten

Arbeitsverhältnis stehen. Ein befristeter Aufenthaltsstatus oder geringe Sprachkenntnisse stellen dabei keine Ausschlussgründe dar. Die Wohnungen stehen den Mieter:innen für fünf Jahre zur Verfügung. Diese Zeit ermöglicht es ihnen, Deutschkenntnisse zu verbessern, das österreichische Wohn- und Sozialsystem kennenzulernen, ihre berufliche Situation zu festigen und die Voraussetzungen für ein selbstständiges Leben zu schaffen. Nach Ablauf der fünf Jahre gelingt es nahezu allen Mieter:innen, eigenständig eine dauerhafte Wohnung zu finden und diese aus eigener Kraft zu finanzieren. Eine Warteliste von mehr als 250 Haushalten zeigt zugleich den hohen Bedarf. Das Modell zeigt: Gezielte Wohnangebote können Integration und die Selbsterhaltungsfähigkeit ermöglichen und gleichzeitig Wohnungslosigkeit verhindern. Investitionen in leistbaren Wohnraum reduzieren den Bedarf an Notquartieren und Übergangsunterkünften und können zugleich Folgekosten in Sozialarbeit, Gesundheit und psychiatrischer Versorgung vermeiden.

Politisches Handlungspotential

Integration braucht nicht nur Sprache, Arbeit und soziale Teilhabe – sie braucht ein Zuhause. Wer Menschen auffordert, sich eine eigenständige Existenz aufzubauen, muss ihnen auch den Zugang zu einem leistbaren und dauerhaft gesicherten Zuhause ermöglichen.

Das Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg fordert daher:

- den Ausbau leistbarer und dauerhaft verfügbarer Mietwohnungen, insbesondere größerer Wohnungen für Familien
- einen erleichterten Zugang zu gefördertem und kommunalem Wohnraum für Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte und eine Überprüfung bestehender Wohnsitz- und Sprachvoraussetzungen
- eine verlässliche Übergangsregelung aus der Grundversorgung, die ausreichend Zeit für die Suche nach dauerhaftem Wohnraum sicherstellt
- den deutlichen Ausbau von Integrationsstartwohnungen nach dem erfolgreichen Salzburger Modell
- Wohnberatung und Wohnraumsicherung noch in der Grundversorgung ab positivem Asylbescheid bzw. langfristigem Aufenthaltsrecht
- Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem privaten Wohnungsmarkt sowie niederschwellige rechtliche und soziale Unterstützung
- gezielte Unterstützung bei der Wohnungssuche für besonders vulnerable Gruppen, insbesondere ältere Menschen mit Migrationsgeschichte
- eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Grundversorgung, Gemeinden, Sozialbereich und Wohnungslosenhilfe, damit Übergänge nicht zu Versorgungslücken führen, sowie
- eine bessere Berücksichtigung von EU-Bürger:innen in der Wohnungsnotfallhilfe, insbesondere jener Menschen, die bereits lange in Salzburg leben und von Wohnungslosigkeit betroffen sind.

Psychische Gesundheit braucht Wohnsicherheit

Psychische Erkrankungen gehören zu den häufigsten Ursachen für Wohnungsverlust und gleichzeitig zu den größten Hürden auf dem Weg zurück in ein eigenständiges Wohnen. Umgekehrt verschärfen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit psychische Belastungen erheblich und erschweren eine nachhaltige Stabilisierung. Wohnungslose Menschen und Menschen mit psychischen Erkrankungen sind zudem in besonderem Maß von gesellschaftlicher Stigmatisierung betroffen. Wohnen und psychische Gesundheit stehen daher in einer wechselseitigen Beziehung: Ohne Wohnsicherheit ist gesundheitliche Stabilisierung kaum möglich – ohne angemessene Unterstützung bleibt Wohnstabilität oft unerreichbar.

Passgenaue Wohnformen statt starrer Systeme

Menschen mit psychischen Erkrankungen benötigen keine einheitliche Wohnform, sondern bedarfsgerechte Unterstützungsangebote. Da psychische Erkrankungen häufig phasenhaft verlaufen, verändern sich auch die Anforderungen an das Wohnen. Übergangswohnen, betreutes Langzeitwohnen, ambulante Wohnbetreuung und selbstständiges Wohnen müssen daher durchlässig miteinander verbunden sein. Derzeit fehlen sowohl ausreichende Wohnplätze als auch die notwendige Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Wohnformen und Systemen. Lange Wartezeiten auf geeignete Wohnangebote führen häufig zu einer weiteren gesundheitlichen Destabilisierung und erschweren gesellschaftliche Teilhabe und nachhaltige Wohnversorgung. Unterstützung muss sich daher stärker am tatsächlichen Bedarf und am jeweiligen Gesundheitszustand orientieren, anstatt Menschen dauerhaft an eine bestimmte Wohnform zu binden.

Versorgungslücken an den Schnittstellen verhindern

Besonders deutlich werden die strukturellen Lücken an den Schnittstellen zwischen Wohnen, Pflege und Gesundheitsversorgung. Fehlende Finanzierungsmöglichkeiten verhindern vielfach, dass Menschen gleichzeitig betreutes Wohnen und notwendige Pflegeleistungen erhalten können. Für psychisch erkrankte Menschen mit Pflegebedarf fehlen geeignete Wohnangebote. Dadurch entstehen vermeidbare Krisen,

stationäre Krankenhausaufenthalte und unnötige Heimaufnahmen. Auch Übergänge zwischen unterschiedlichen Unterstützungsintensitäten müssen flexibler gestaltet werden. Unterstützung sollte reduziert oder beendet werden können, wenn Menschen zunehmend selbstständig leben können. Verschlechtert sich die Situation wieder, muss zusätzliche Unterstützung rasch und ohne neuerliche langwierige Verfahren verfügbar sein.

Gerade bei Menschen mit psychischen Erkrankungen sind solche Veränderungen Teil vieler Krankheitsverläufe. Ein Wohnsystem, dass nur zwischen „selbstständig“ und „betreut“ unterscheidet, wird dieser Realität nicht gerecht. Dabei muss auch Selbstbestimmung konsequent berücksichtigt werden. Das Ziel von Unterstützung darf nicht sein, Menschen dauerhaft in Betreuungssystemen zu halten. Vielmehr braucht es Strukturen, die Menschen so viel Unterstützung wie notwendig und so viel Selbstständigkeit wie möglich ermöglichen.

Leistbarer Wohnraum ist Teil der gesundheitlichen Versorgung

Eine zentrale Voraussetzung für Wohnstabilität ist der Zugang zu leistbarem Wohnraum. Gerade junge Erwachsene mit psychischen Erkrankungen scheitern häufig nicht an ihrer Fähigkeit zum selbstständigen Wohnen, sondern am fehlenden Angebot leistbarer Wohnungen. Hinzu kommen Vorurteile und Stigmatisierung, die die Wohnungssuche zusätzlich erschweren.

Auch die räumliche Konzentration sozial benachteiligter Haushalte in einzelnen Stadtteilen und Wohnanlagen kann gesundheitliche Belastungen verstärken und soziale Isolation fördern. Sozialräumliche Durchmischung und eine ausreichende Verfügbarkeit leistbarer Wohnungen sind daher nicht nur wohnpolitische, sondern auch gesundheitspolitische Maßnahmen. Schließlich stellen komplexe Antragsverfahren und starre Wohnungsvergaberichtlinien für viele Betroffene eine kaum überwindbare Hürde dar. Gerade Menschen mit psychischen Erkrankungen benötigen einfache Verfahren, verlässliche Begleitung und ausreichend flexible Vergabekriterien, damit notwendiger Wohnraum nicht an formalen Voraussetzungen scheitert.

Politisches Handlungspotential

Psychische Erkrankungen dürfen nicht darüber entscheiden, ob ein Mensch Zugang zu einer geeigneten Wohnung erhält. Ein bedarfsgerechtes, durchlässiges und ausreichend ausgestattetes Wohnsystem ist eine wesentliche Voraussetzung für gesundheitliche Stabilisierung, gesellschaftliche Teilhabe und die Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Selbstbestimmung bedeutet nicht, Menschen mit Unterstützungsbedarf sich selbst zu überlassen. Sie bedeutet, ihnen genau jene Unterstützung zu ermöglichen, die sie brauchen – und diese wieder zurückzunehmen, wenn sie nicht mehr erforderlich ist. Wohnstabilität ist kein einmal erreichter Zustand, sondern ein Prozess, der sich an den Menschen und ihren Lebenslagen orientieren muss.

Das Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg fordert daher:

- den bedarfsgerechten Ausbau von Wohnangeboten für Menschen mit psychischen Erkrankungen – von Übergangswohnen über ambulante Wohnbetreuung bis zum betreuten Langzeitwohnen
- eine höhere Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Wohnformen, damit sich Unterstützung flexibel an Bedarf und Krankheitsverlauf anpassen kann
- eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Wohnungslosenhilfe, psychosozialer Versorgung, Pflege, Gesundheitswesen und Erwachsenenvertretung, damit Zuständigkeitsgrenzen nicht zu Versorgungslücken führen
- kombinierbare Finanzierungen von Wohn-, Pflege- und Unterstützungsleistungen, entsprechend dem tatsächlichen Bedarf
- den Ausbau leistbaren Wohnraums und einen diskriminierungsfreien Zugang für Menschen mit psychischen Erkrankungen
- Maßnahmen gegen die räumliche Konzentration sozial benachteiligter Haushalte und eine stärkere sozialräumliche Durchmischung
- vereinfachte Antragsverfahren und flexible Vergabekriterien für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf
- flexible Unterstützungsverläufe, die sowohl eine Reduktion von Hilfen bei zunehmender Selbstständigkeit als auch eine rasche Ausweitung in Krisensituationen ermöglichen
- Maßnahmen gegen die Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Wohnungslosigkeit in Verwaltung, Wohnungswirtschaft und Öffentlichkeit.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit raubt Lebenszeit!

Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist nicht nur eine soziale Notlage, sondern ein erheblicher Gesundheitsrisikofaktor. Wer seine Wohnung verliert, verliert häufig auch den Zugang zu Prävention, medizinischer Versorgung und gesundheitlicher Stabilität. Die Folgen sind gravierend: Eine Sonderauswertung der Statistik Austria zeigt, dass wohnungslose Menschen eine um rund 20 Jahre verkürzte Lebenserwartung aufweisen. Ihre Sterblichkeit entspricht jener der Gesamtbevölkerung, die durchschnittlich zwanzig Jahre älter ist. Diese Übersterblichkeit zeigt sich über nahezu alle Todesursachen hinweg (siehe: Till et al. [2018]). Auch die medizinische Versorgungslage ist alarmierend. Eine Studie der Medizinischen Universität Wien zeigt, dass obdach- und wohnungslose Menschen doppelt so häufig an Krebs erkranken wie die Allgemeinbevölkerung. Krebs ist bereits die zweithäufigste Todesursache dieser medizinisch unterversorgten Bevölkerungsgruppe (MedUni Wien [2023]). Fehlende Prävention, erschwelter Zugang zu Gesundheitsleistungen und eine insgesamt hohe Krankheitslast führen dazu, dass Erkrankungen häufig erst in einem fortgeschrittenen Stadium erkannt und behandelt werden. Die durchschnittliche Lebenserwartung von obdach- und wohnungslosen Menschen betrug laut dieser Studie nur 47 Jahre.

Wenn Wohn- und soziale Sicherheit verloren gehen, rückt Gesundheit zwangsläufig in den Hintergrund. Existenzsicherung, Schlafplatz und Nahrung werden zur täglichen Priorität. Prävention, Vorsorge und regelmäßige medizinische Betreuung verlieren unter diesen Bedingungen an Bedeutung oder sind schlicht nicht erreichbar.

Auch die Altersstruktur der Salzburger Wohnbedarfserhebung verdeutlicht diese Entwicklung. Menschen über 60 Jahre sind dort seit Jahren deutlich unterrepräsentiert. Während diese Altersgruppe rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht, liegt ihr Anteil unter den erfassten wohnungs- und obdachlosen Menschen in den letzten fünf Jahren lediglich zwischen sechs und zehn Prozent. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die hohe gesundheitliche Belastung und Übersterblichkeit dieser Personengruppe (Forum Wohnungslosenhilfe Wohnbedarfserhebungen [2020–2024]).

Gesundheit braucht Wohnen – Wohnen braucht Gesundheit

Wohnungs- und obdachlose Menschen leiden häufig gleichzeitig an chronischen körperlichen Erkrankungen, psychischen Belastungen und Suchterkrankungen. Diese Multimorbidität wurde sowohl in der Salzburger Housing-First-Wirkungsstudie (IIBW [2025]) als auch in weiteren Untersuchungen des Forum Wohnungslosenhilfe (Schoibl [2021]) bestätigt. Besonders deutlich zeigt sich dies bei obdachlosen Frauen mit psychischen Erkrankungen, die oftmals mehrere psychiatrische Diagnosen gleichzeitig aufweisen. Gleichzeitig erleben die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, dass viele Betroffene gesundheitliche Probleme lange nicht wahrnehmen oder bestehende Angebote aus Angst, Scham oder negativen Erfahrungen meiden. Die Wohnungslosenhilfe übernimmt dadurch zunehmend eine Brückenfunktion zum Gesundheitswesen. Sie schafft Vertrauen, begleitet Menschen in Behandlung und koordiniert die notwendigen medizinischen, psychosozialen und sozialen Unterstützungsangebote.

Eine stabile Wohnsituation ist dabei die wichtigste Voraussetzung für gesundheitliche Stabilisierung. Gleichzeitig gilt umgekehrt: Ohne eine ausreichende gesundheitliche Versorgung kann Wohnstabilität dauerhaft kaum gelingen. Wohnen, Gesundheit und soziale Unterstützung müssen daher als untrennbare Bestandteile einer integrierten Versorgung verstanden werden.

Gesundheitliche Versorgung anders denken

Gesundheitliche Chancengleichheit setzt voraus, dass Gesundheitsversorgung auch jene Menschen erreicht, die von den bestehenden Regelstrukturen nur eingeschränkt profitieren. Niederschwellige, aufsuchende und multiprofessionelle Angebote sind dafür unverzichtbar. Mit der Virgilambulanz wurde in Salzburg ein wichtiger Schritt gesetzt. Sie ermöglicht wohnungs- und obdachlosen sowie nicht krankenversicherten Menschen einen niederschweligen Zugang zur medizinischen Versorgung und schließt damit eine bisher bestehende Versorgungslücke. Dieses Angebot sollte konsequent weiterentwickelt und – nach dem Vorbild des Neunerhaus Gesundheitszentrums in Wien – um weitere tier- und zahnmedizinische, therapeutische und pflegerische Leistungen ergänzt werden. Ebenso notwendig sind der Ausbau mobiler und aufsuchender Gesundheitsangebote, eine stärkere Verankerung von Social Prescribing im niedergelassenen Bereich sowie ein rascher und kostenloser Zugang zu ärztlicher, therapeutischer und rehabilitativer Versorgung. Besonders wichtig ist außerdem, dass Menschen nach Krankenhausaufenthalten oder stationären Therapien nicht in die Obdachlosigkeit entlassen werden. Fehlende Wohnperspektiven führen häufig zu vermeidbaren Rückfällen, Chronifizierungen und wiederholten Krankenhausaufenthalten.

Internationale Beispiele zeigen, dass integrierte Versorgungsmodelle wirksam sind. Das Neunerhaus Gesundheitszentrum in Wien verbindet ganzheitliche medizinische Angebote, Sozialarbeit und Peerarbeit zu einem barrierefreien Gesundheitsangebot für wohnungslose Menschen. Finnland verknüpft im Rahmen seiner erfolgreichen Housing-First-Strategie Angebote zur Wohnversorgung konsequent mit Gesundheits- und Sozialleistungen. Die Niederlande ergänzen dieses System durch mobile medizinische Teams und spezialisierte Street Doctors. Diese Beispiele zeigen, dass gesundheitliche Chancengleichheit keine Vision, sondern eine umsetzbare politische Aufgabe ist. Zwar kosten zusätzliche Angebote auch Geld, wie die Wirkungsstudie zu Housing First in Salzburg zeigt (IIBW [2025]), refinanzieren sich jedoch durch den verminderten Bedarf und die gesundheitliche Verbesserung der Personen zum Teil selbst. Durch Housing First konnten in Salzburg so jährlich € 100.000 an stationären Grundkosten gespart werden, ohne dabei anfallende Kosten durch medizinische Eingriffe und therapeutische Maßnahmen zu berücksichtigen.

Politisches Handlungspotential

Gesundheit darf nicht davon abhängen, ob ein Mensch eine Wohnung hat. Wer gesundheitliche Chancengleichheit schaffen will, muss Wohnen, Gesundheit und soziale Unterstützung gemeinsam denken. Nur so lassen sich Krankheit vermeiden, Wohnstabilität sichern und gesunde Lebensjahre gewinnen.

Das Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg fordert daher:

- konsequente Stärkung von Wohn- und sozialer Sicherheit als wirksamste Gesundheitsprävention
- Ausbau niedrigschwelliger, kostenloser und aufsuchender Präventions- und Gesundheitsangebote für wohnungs- und obdachlose Menschen
- die Weiterentwicklung der Virgilambulanz zu einem interdisziplinären Gesundheitszentrum nach dem Vorbild des Neunerhauses
- den Ausbau multiprofessioneller mobiler Versorgungsangebote einschließlich Social Prescribing
- die Sicherstellung schneller und zeitnaher medizinischer und therapeutischer Versorgung, auch unabhängig von Krankenversicherung oder Wohnstatus
- Entstigmatisierung und der Abbau schambedingter Barrieren, um die Nichtinanspruchnahme notwendiger Gesundheitsversorgung zu reduzieren
- die verbindliche Vermeidung von Entlassungen aus Krankenhäusern oder stationären Einrichtungen in die Obdachlosigkeit sowie
- eine gemeinsame Steuerung und Finanzierung von Sozial-, Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Wenn Pflegebedarf auf Wohnungslosigkeit trifft

Der Pflegebedarf von Menschen in Wohnungsnot unterscheidet sich grundsätzlich nicht im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung, also von Menschen, die in adäquaten Wohnungen leben. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass in der Praxis durch konzeptuelle Zugangshürden bzw. formelle Ausschlüsse viele Menschen in Wohnungsnot durch die Schnittstellen zwischen Sozial-, Gesundheits- und Pflegesystem fallen. Fehlende familiäre Unterstützungsnetze, psychische Erkrankungen, Suchterkrankungen oder ein desorganisiertes Wohnumfeld führen dazu, dass notwendige Pflegeleistungen oft verspätet, nur eingeschränkt oder gar nicht erbracht werden.

Wenn bestehende Versorgungssysteme Menschen nicht erreichen

Wie gravierend diese Versorgungslücke ist, zeigte sich in der Stadt Salzburg bereits 2020, als Seniorenwohnhäuser ihre Aufnahmekriterien überarbeiteten und Menschen mit komplexen psychiatrischen und Suchterkrankungen von der Versorgung ausschlossen. Für einen erheblichen Teil des Klientels der Wohnungslosenhilfe standen damit stationäre Pflegeangebote nicht mehr zur Verfügung, ohne dass alternative spezialisierte Versorgungsformen ausgebaut wurden. Die Folge war ein steigender Druck und noch längere Wartelisten bei den verfügbaren Einrichtungen, wie z.B. die Altenpension und das Albertus-Magnus Haus der Caritas Salzburg, die pflegerische Betreuung für Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen und hohem psychosozialen Unterstützungsbedarf anbieten. Ein Ausbau dieser Angebote wird seither diskutiert, mit Herbst 2026 soll ein neues Haus Lukas mit vorerst 15 und in vollem Ausbau 34 dringend benötigten stationären Plätzen erfolgen.

Neben dem Ausbau der spezialisierten stationären Angebote verschärfte sich die allgemeine Pflegekrise: Der Bedarf an Heimplätzen steigt aufgrund der demografischen Entwicklung kontinuierlich an, während Personalmangel die tatsächliche Verfügbarkeit von Betten einschränkt. Auch wenn der politische Fokus der letzten Jahre auf ausreichende qualitätsvolle Pflegeversorgung zielt, sich die Situation

zuletzt leicht entspannt hat und weniger Plätze aufgrund fehlenden Personals gesperrt sind als noch vor einigen Monaten (Land Salzburg Sozialbericht [2026]), bleibt die Versorgung vieler pflegebedürftiger Menschen unzureichend.

Die Mangelversorgung – insbesondere fehlende zeitnahe Angebote und zu geringe Betreuungsfrequenzen – betrifft auch die sozialen Dienste (Hauskrankenpflege, Haushaltsdienste).

Der steigende pflegerische Bedarf zeigt sich auch im Bereich der Wohnungslosenhilfe. Seit 2023 erhebt die Salzburger Wohnbedarfserhebung den Pflegebedarf wohnungs- und obdachloser Menschen. Dabei wurden 45 Personen im Jahr 2023, 62 Personen im Jahr 2024 und 61 Personen im Jahr 2025 erfasst, bei denen neben der Wohnversorgungskrise auch Pflegebedarf vorliegt. Diese Zahlen zeigen, dass es sich nicht um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem handelt.

Wohnungslosigkeit erschwert notwendige Pflege

Die Wohnungslosenhilfe ist jedoch weder personell noch baulich auf die Versorgung pflegebedürftiger Menschen ausgerichtet. Sie arbeitet überwiegend ambulant und mit einem hohen Maß an Selbstbestimmung der Klient:innen. Menschen mit hohem Pflegebedarf bleiben daher häufig unversorgt oder werden mangels geeigneter Alternativen zu Langlieger:innen in Krankenhäusern. Dadurch entstehen hohe Kosten für das Gesundheits- und Sozialsystem, während gleichzeitig dringend benötigte Krankenhausbetten blockiert werden. Menschen mit geringerem Pflegebedarf werden oft ohne ausreichende Unterstützung wieder in prekäre Wohnsituationen entlassen.

Ambulante Pflegedienste können erst aktiv werden, wenn Personen mit einem Dach über dem Kopf versorgt sind. Obdachlose Menschen haben keine Möglichkeit, ambulante Pflegedienste vor Ort in Anspruch zu nehmen und müssen daher den Weg in die (teuren) Ambulanzen der Klinik auf sich nehmen. Für Menschen, die sich längere Zeit in Obdachlosigkeit befinden und dabei einen Pflegebedarf entwickeln, ist dieser Weg nicht nur beschwerlich, sondern häufig auch mit der Aufgabe eines eigenen Schlafplatzes verbunden.

Politisches Handlungspotential

Wohnungslose Menschen dürfen nicht von notwendigen Pflegeleistungen ausgeschlossen werden, weil sie keine Angehörigen haben, die Versorgungslücken kompensieren. Eine funktionierende Pflegeversorgung muss auch jene erreichen, die am stärksten auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Genau daran wird sich künftig messen lassen, wie inklusiv und belastbar das Salzburger Sozial- und Gesundheitssystem tatsächlich ist.

Das Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg fordert daher:

- eine gemeinsame Steuerung von Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich
- die Sicherstellung und Ausweitung bedarfsgerechter Pflegedienstleistungen
- ein priorisierter Zugang zu ambulanten und stationären Pflegeleistungen für wohnungs- und obdachlose Menschen ohne familiäre Unterstützungsnetze
- die Qualifizierung von Mitarbeiter:innen extramuraler Dienste und stationärer Pflegeeinrichtungen für den Umgang mit psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen und herausfordernden Wohnsituationen
- der Ausbau und die Weiterentwicklung aufsuchender interdisziplinärer Angebote wie Community Nursing zur Sicherung von Wohnstabilität in den eigenen vier Wänden
- ein rascher Zugang zu Palliativ- und Hospizversorgung sowie
- die Sicherstellung pflegerischer Versorgung auch für Personen ohne regulären Leistungsanspruch.

Gute Entscheidungen brauchen gute Daten

Wohnungsnot sichtbar machen und wirksam bekämpfen

Armut, Ausgrenzung und Wohnungs- und Obdachlosigkeit führen zu individuellem Leid und gleichzeitig zu hohen Folgekosten für die Gemeinschaft. Es ist daher sozial wie ökonomisch vernünftig, Maßnahmen nicht erst dann anzusetzen, wenn Wohnungslosigkeit bereits eingetreten ist, sondern ihre Ursachen frühzeitig zu erkennen und Prävention, Bekämpfung und Beendigung von Wohnungsnot systematisch zu planen. Dafür braucht es eine verlässliche Datengrundlage.

Daten sind kein Selbstzweck. Sie schaffen die Grundlage dafür, Entwicklungen zu erkennen, Bedarfe sichtbar zu machen, Ressourcen zielgerichtet einzusetzen und die Wirkung politischer und fachlicher Maßnahmen zu überprüfen. Gerade bei Wohnungsnot reicht es dabei nicht aus, lediglich zu wissen, wie viele Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt wohnungslos sind. Erforderlich sind auch Informationen darüber, wer von Wohnungsnot betroffen ist, in welcher Wohnsituation sich Menschen in Wohnungsnot befinden, welche Ursachen dazu geführt haben und welche Unterstützungsbedarfe bestehen. Nur so können unterschiedliche Bedarfsgruppen wie Frauen, Jugendliche und andere vulnerable Personen erreicht und deren Bedarfe angemessen und passfähig berücksichtigt werden.

Salzburg zeigt, dass kontinuierliche Datenerhebung möglich ist

In Österreich bestehen seit Jahrzehnten erhebliche Lücken bei der systematischen Erfassung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Zwar stehen zahlreiche Statistiken und Datenquellen zur Verfügung, diese bilden jedoch jeweils nur Teilbereiche der Wohnungsnot ab. Verdeckte Wohnungslosigkeit, prekäre und unsichere Wohnverhältnisse sowie die individuellen Wege in und aus der Wohnungslosigkeit bleiben vielfach unsichtbar. Damit fehlen wesentliche Informationen für eine vorausschauende Sozial- und Wohnungspolitik.

Salzburg nimmt hier eine besondere Rolle ein. Das Forum Wohnungslosenhilfe führt bereits seit 1995 jährlich eine Bedarfserhebung durch. Sie basiert auf den Kontakten von Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe sowie des Sozial- und Gesundheitsbereichs und umfasst Stadt und Land Salzburg. Damit verfügt

Salzburg über eine langjährige Datenreihe, die Entwicklungen von Wohnungsnot sichtbar macht und eine wichtige Grundlage für die fachpolitische Planung darstellt (vgl. dazu: Schoibl [2017]).

Mit dem European-Homelessness-Count (Forum WLH [2025]) wurde diese Entwicklung weitergeführt und zugleich stärker international vergleichbar gemacht. Der 2025 in Salzburg durchgeführte Street-Count hat darüber hinaus sichtbar gemacht, dass viele Menschen keinen regelmäßigen Kontakt zu Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe haben, obwohl sie von akuter Obdachlosigkeit betroffen sind. Damit wurde eine zentrale Grenze einrichtungsbasierter Erhebungen (service based count) deutlich: Wer nicht im Hilfesystem ankommt oder nur unregelmäßig Kontakt aufnimmt, scheint in den Statistiken nicht auf.

Keine Daten ohne Dunkelfelder

Die bisher vorliegenden Erhebungen liefern wichtige Erkenntnisse, können aber die gesamte Wohnungsnot nicht abbilden.

Einrichtungsbasierte Erhebungen (Forum WLH [1995ff.]) erfassen vor allem Menschen, die während des jeweiligen Erhebungszeitraums Kontakt zu einer Einrichtung haben. Ihre Reichweite hängt zudem von den personellen und finanziellen Ressourcen der beteiligten Organisationen ab. Dadurch bleiben Menschen ohne institutionellen Kontakt sowie bestimmte Formen verdeckter Wohnungsnot unberücksichtigt.

Auch die vorhandenen Register- und Exekutionsdaten können diese Lücken nicht schließen, zumal weite Bereiche der verdeckten Wohnungslosigkeit ausgeklammert bleiben.

Gerichtliche Exekutionsdaten bilden zwar Verfahren zur Auflösung von Wohnverhältnissen ab, sagen aber zunächst nichts darüber aus, wie viele Menschen tatsächlich betroffen sind oder wie deren Wohnversorgung nach einer Räumung aussieht (siehe dazu: Herburger et al. [2025]).

Registerdaten (Statistik Austria (o.J.) wiederum erfassen vor allem jene Wohnungslosigkeit, die behördlich bekannt und registriert ist. Menschen, die vorübergehend bei Bekannten oder Verwandten unterkommen oder in unzureichenden und unsicheren Wohnverhältnissen leben, bleiben vielfach unsichtbar. Gerade diese Dunkelfelder sind für eine wirksame Prävention entscheidend. Wer Wohnungsnot erst dann statistisch wahrnimmt, wenn ein Mensch bereits obdachlos ist, kommt für viele präventive Maßnahmen zu spät.

Daten müssen zusammengeführt werden

Für eine wirksame Wohnungs- und Sozialpolitik braucht es deshalb keinen weiteren isolierten Datensatz, sondern spezifische Nachbesserung (z.B. die regelmäßige Betreuung der Datenbanken) sowie eine systematische Verknüpfung der vorhandenen Informationsquellen. Die Machbarkeitsstudie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Musil et al. [2024]) zeigt, dass eine systematische Erhebung grundsätzlich möglich ist. Vorgeschlagen werden unter anderem ein verbindlicher rechtlicher Rahmen, gesicherte personelle und finanzielle Ressourcen für einrichtungsbasierte Erhebungen, regelmäßige Erhebungszeiträume, ergänzende Street-Counts, methodische Verbesserungen von Qualität und Reichweite der einzelnen Datenbanken sowie eine systematische Integration von Register- und Exekutionsdaten.

Besonders wichtig erscheint auf Perspektive die Verknüpfung unterschiedlicher Perspektiven.

- Die Erfahrungen der Wohnungslosenhilfe zeigen unmittelbar, wo Wohnungsnot entsteht und welche Menschen durch bestehende Systeme nicht erreicht werden.
- Register- und Gerichtsdaten können strukturelle Entwicklungen sichtbar machen, während
- wissenschaftliche Auswertungen Zusammenhänge und Wirkungen analysieren können.

Gute Daten ersetzen keine politischen Entscheidungen. Aber schlechte oder unvollständige Daten führen dazu, dass politische Entscheidungen an der Realität vorbeigehen können.

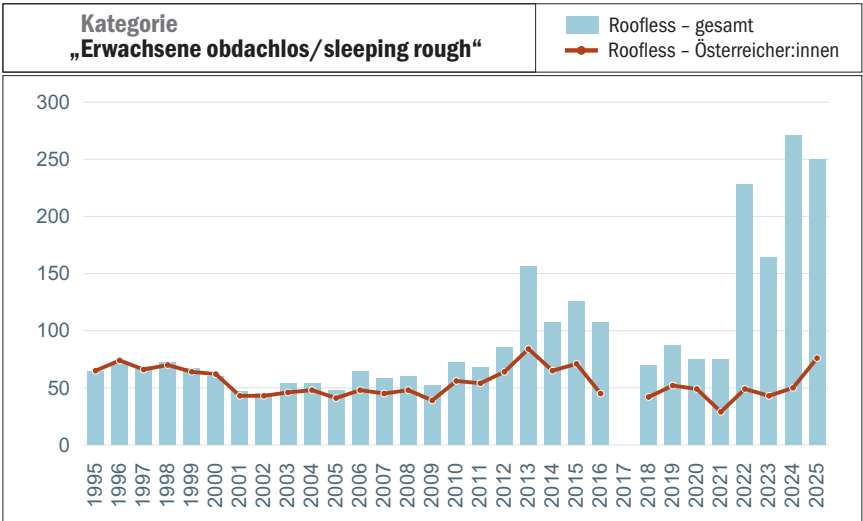
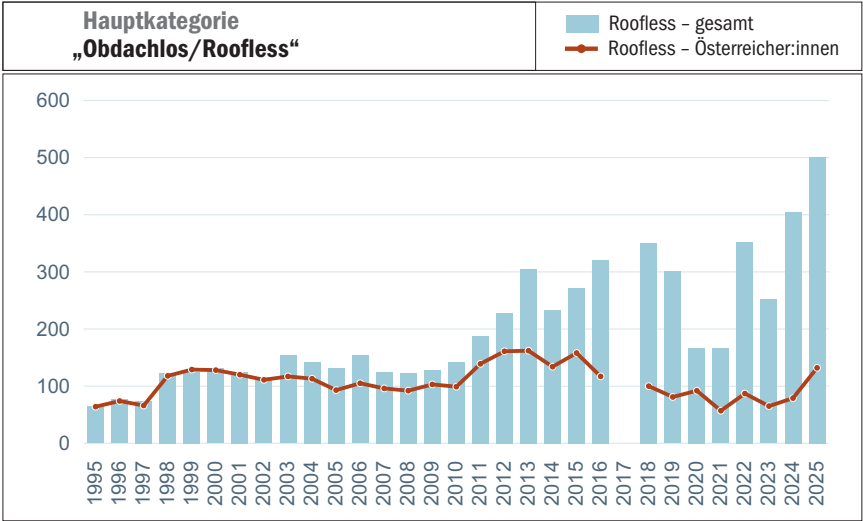
Politisches Handlungspotential

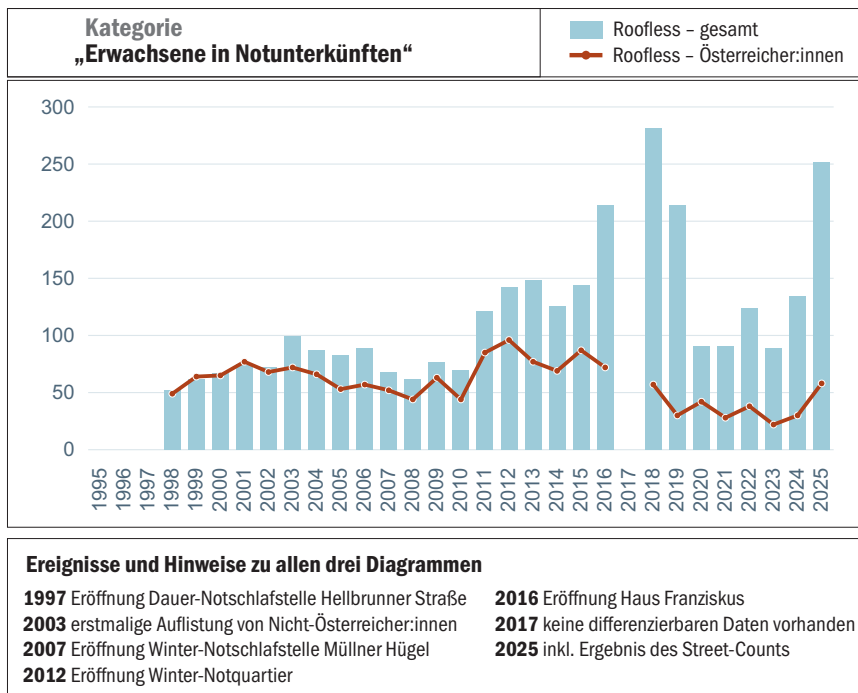
Gute Entscheidungen brauchen gute Daten. Gerade bei Wohnungsnot gilt das in besonderem Maß: Was nicht sichtbar ist, kann kaum verhindert werden. Salzburg verfügt mit der langjährigen Wohnbedarfserhebung bereits über eine wichtige Grundlage und hat mit dem EHC einen weiteren Schritt zu einer international vergleichbaren Erfassung gesetzt. Nun gilt es, diese Erfahrungen weiterzuentwickeln und mit anderen Datenquellen zu verbinden. Wohnungsnot darf nicht erst dann sichtbar werden, wenn Menschen ihre Wohnung verloren haben. Eine vorausschauende Politik muss auch die unsicheren Übergänge, drohenden Wohnungsverluste und verdeckten Formen der Wohnungsnot erkennen. Nur wer weiß, wo Wohnungsnot entsteht, kann rechtzeitig handeln – und nur wer die Wirkung seines Handelns kennt, kann Politik nachhaltig verbessern.

Das Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg fordert daher:

- dauerhafte Absicherung und Weiterentwicklung der Salzburger Wohnbedarfs-erhebung als zentrale Grundlage der regionalen Wohnungs- und Sozialplanung
- österreichweit verbindliche, regelmäßige und systematische Erhebung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, die quantitative und qualitative Aspekte berücksichtigt
- rechtliche und finanzielle Absicherung der notwendigen personellen und technischen Ressourcen für einrichtungsbasierte Erhebungen
- regelmäßige Durchführung von Street-Counts, um insbesondere akut obdachlose Menschen ohne regelmäßigen Kontakt zum Hilfesystem sichtbar zu machen
- systematische Zusammenführung von einrichtungsbasierten Erhebungen, Register- und Exekutionsdaten unter Wahrung des Datenschutzes
- Verbesserung der Qualität und Vollständigkeit der Exekutionsdaten, insbesondere durch eine verlässliche Erfassung personenbezogener Informationen und bereichsspezifischer Personenkenntzahlen
- systematische Erfassung verdeckter Wohnungsnot, insbesondere prekärer, unsicherer und unzureichender Wohnverhältnisse sowie des vorübergehenden Unterkommens bei Familie, Freund:innen oder Bekannten
- regelmäßige wissenschaftliche Auswertung und Veröffentlichung der Daten, um Entwicklungen, regionale Unterschiede und spezifische Bedarfsgruppen sichtbar zu machen sowie
- einen regelmäßig erscheinenden österreichweiten Bericht über Wohnungs- und Obdachlosigkeit, der mindestens alle fünf Jahre vorgelegt und zur Diskussion gestellt wird.

Anhang 1:
Langzeitverlauf von Obdachlosigkeit
im statistischen Überblick





Obdachlosigkeit im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte

Die vorstehenden Grafiken geben einen Überblick, wie sich in den vergangenen drei Jahrzehnten die Anzahl der von Obdachlosigkeit betroffenen Personen entwickelt hat. Im Zahlenverlauf werden die Auswirkungen der fortlaufenden Weiterentwicklung und Differenzierung der Angebote zur Bekämpfung und Bewältigung von Obdachlosigkeit sichtbar. Da ist z.B. die Implementierung von Notschlafstellen sowie die Gründung eines Housing First-Angebotes in Salzburg zu nennen, die vor allem die Gruppe der obdachlosen Österreicher:innen betreffen, während allfällige Effekte bei den obdachlosen EU- sowie Drittstaatsangehörigen eher bescheiden ausfallen.

- **Ad Österreichische Staatsbürger:innen:** Im Verlauf dieser Jahrzehnte wurden 29–77 Österreicher:innen in der extremen Form von Wohnungsnot dokumentiert, die auf der Straße oder in Parks, in Asylen oder Notschlafstellen genächtigt haben. Der Street Count im Jahr 2025 hat die jahrelangen Feststellungen zusätzlich untermauert und den Blick auf Obdachlosigkeit differenziert. Der Median liegt bei 50 Personen. Auffällig ist dabei der große Anteil der Aufnahmen in einer Notschlafstelle.

- **Ad EU- und Drittstaatsangehörige:** In dieser Gruppe schafft nur ein kleiner Teil die Aufnahme in einer Notschlafstelle. Stattdessen überwiegt hier der Anteil der Rough-Sleeper:innen. Der Bedarf nach einem Ausbau der Angebote ist evident.

Der Überblick über die vergangenen Jahrzehnte weist Schwankungen, Zu- und Abnahmen der Anzahl von Betroffenen auf, die zu wichtigen Teilen auf Änderungen der Rahmenbedingungen zurückgeführt werden können. Das betrifft zu einem kleinen Teil auch Änderungen in der Erhebungsmethodik, wie z.B. Reichweite der Erhebung. Als wichtiger erweisen sich jedoch im Rückblick gesellschaftliche Veränderungen, wie z.B. die Eröffnung von Zugängen zum Arbeitsmarkt für schutzsuchende Menschen (ab 1.1.2014), die Einrichtung einer Notschlafstelle für Notreisende und Armuts migrant:innen und die teilweise Öffnung des Hilfesystems sowie die Schaffung von Zugängen für Drittstaatsangehörige.

Die Winternotschlafstellen, am Müllner Hügel und in der Linzergasse, waren jeweils erst nach dem Erhebungsmonat Oktober geöffnet, bilden sich mithin in den Ergebnissen der Erhebung nicht ab. Dieses Angebot an offenen und niederschweligen Schlafplätzen entsprach in wichtigen Zügen den jeweils vorgelegten Ergebnissen der Wohnbedarfserhebung und gewährleistete somit eine Überlebenshilfe für jene Personen, die eines Notschlafstellenplatzes bedurften, in den Angeboten der Regelversorgung jedoch keine Aufnahme fanden.

Politisches Handlungspotential

Die Ergebnisse können so zusammengefasst werden, dass das Angebot der Wohnungslosenhilfe z.T. nachhaltig ist. So kann zum einen abgelesen werden, dass in der Gruppe der erwachsenen Österreicher:innen (sofern erhoben) die Weitervermittlung bzw. die mittelfristige Wohnversorgung die Neueintritte ausgleicht. Vor diesem Hintergrund wäre es elementar, die Präventionsangebote weiter auszubauen, da das vorhandene System / Angebot für diese Zielgruppe offensichtlich funktioniert und es dementsprechend sinnvoll wäre, die Entstehung von Obdachlosigkeit möglichst frühzeitig zu stoppen.

Zum anderen wird deutlich, dass es bei den erwachsenen Nicht-Österreicher:innen anders aussieht. Das hängt wohl vor allem damit zusammen, dass für diese Zielgruppe aktuell nur wenige valide Informationen über deren konkrete Lebensperspektiven und Unterstützungsbedarfe vorliegen. So gibt es z.B. keine ausreichenden Angaben zu den Gründen ihrer Anwesenheit in Salzburg, über potentielle Ziele (Niederlassung im Kontext von Arbeitsmigration), zeitliche Perspektiven (temporärer Aufenthalt im Rahmen der Armutsmigration oder dauerhafte Ansiedlung mit Familiennachzug), familiäre Rahmenbedingungen (z.B. Begleitung durch Frau und Kind sowie Bedarf nach Kinderbetreuung) vor, weshalb es aktuell nur schwer möglich ist, zielgerichtete Angebote erstellen zu können. In der vorliegenden Studie aus dem Jahre 2013 (Schoibl [2013]) wird deutlich, dass es in vielen Fällen von Armutsmigration „nur“ um temporär begrenzte Bedarfe nach Unterkunft, Verpflegung und Tagesstruktur geht, z.B. im Rahmen einer Art „Arbeitsunterkunft“ für Armutsreisende

ohne Aufenthaltsverfestigung in Salzburg, die eine Wohnversorgung während der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit in Salzburg, z.B. für die Dauer von drei Monaten im Jahr, gewährleistet. Demgegenüber gibt es keine Informationen über die Perspektiven von Arbeitsmigrant:innen, die in Salzburg stranden und mangels Anspruchsberechtigung auf professionelle Hilfen auf der Straße landen. Diesbezüglich ist Bedarf nach einer entsprechenden Erhebung und darauf aufbauender Angebotsentwicklung gegeben.

Anhang 2:

Quellen und weiterführende Materialien

Bajer, Marion; Pilwarsch, Johanna (2023), Wohnungslosenhilfe und Pflege. Explorative Studie zu Bedarf und Potenzialen für eine pflegerische Versorgung wohnungsloser Menschen in Wien. Im Auftrag des Dachverbandes Wiener Sozialeinrichtungen

BAWO (2019), Statistisch untererfasste Formen von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit am Beispiel der Bundesländer Vorarlberg, Salzburg und Wien. Wien

BAWO (2024), Housing first Österreich, online unter: <https://bawo.at/housingfirst/>

BAWO (2022), Der Film – Wohnen für alle: leistbar. dauerhaft. inklusiv

BAWO – Wohnen für alle (2024), Wohnen sichern. Obdach- und Wohnungslosigkeit verhindern. Wien

Bretherton, Joanne; Mayock, Paula (2021), Women's Homelessness. European Evidence Review. FEANTSA

Duke, Alison; Searby, Adam (2019), Mental Ill Health in Homeless Women: A Review. In: Issues in Mental Health Nursing, 40 (7), 605–613

European Commission (2021), Lisbon Declaration on the European Platform on Combating Homelessness

European Platform on Combating Homelessness (2021), Lisbon Declaration on the European Platform on Combating Homelessness

FEANTSA (o.J.), ETHOS – European Typology on Homelessness and Housing Exclusion

FEANTSA (2017), Homeless Bill of Rights; Homeless Bill of Rights | FEANTSA

Forum WLH Salzburg (1995 ff.), Wohnbedarfserhebungen für Stadt und Land Salzburg

Forum WLH Salzburg (2020), Abgewiesen und ausgegrenzt

Forum WLH Salzburg (2023), Wohnungslosigkeit reduziert die Lebenserwartung dramatisch

Forum WLH Salzburg (2025), European-Homelessness-Count Salzburg 2025

Richard Heuberger, Lukas Sramek, Marlene Blüher (2025), Übernahme und Analyse von Exekutionsdaten, Wien

IIBW (2025), Wie Housing First in Salzburg wirkt

Keen, Ryan et al. (2023), Prospective Associations of Childhood Housing Insecurity With Anxiety and Depression Symptoms During Childhood and Adulthood. In: JAMA Pediatrics

Klien, Michael; Arnold, Elisabeth (2022), Wohnkostenbelastung in Salzburg: Ursachen und Lösungsansätze. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

KU Leuven (2026), EU homelessness counts. KU Leuven
https://www.kuleuven.be/lucas/en/eu_homelessness_counts

Land Salzburg (o.J.), Salzburger Wohnbauförderungsverordnung

Land Salzburg (2026), Sozialbericht 2025

Land Salzburg (2026), Wohnungsbedarf Land Salzburg. Prognose bis 2030 Ausblick bis 2045

Lüftenegger, Patrick; Straßl, Inge; Gugg, Bernhard (2021), Analyse der Leistbarkeit von Wohnraum in der Stadt Salzburg. Salzburg: SIR – Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen im Auftrag der Stadt Salzburg

MedUni Wien (2023), Krebsvorsorge bei obdach- und wohnungslosen Menschen

Musil, Robert; Schnell, Philipp & Diabaja, Cornelia (2024), Machbarkeitsstudie: Datenbasis zu Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekärem Wohnen. Wien

Nilsson, Sandra (2025), Homelessness, psychiatric disorders, and risks of suicide and self-harm: a population-based cohort study. The Lancet Public Health, 10(7), e559–e567

Salzburger Institut für Raumordnung (2024), Wohnungsleerstand in der Stadt Salzburg. Datenaktualisierung 2022

Schmidinger, Andrea (2014), Frauen – eine Randgruppe in der Salzburger Wohnungslosenhilfe? Bedarfsanalyse einer gendersensiblen Wohnungslosenhilfe in Salzburg. Masterarbeit an der Fachhochschule Salzburg

Schnell, Philipp (2026), European Homelessness Counts 2025 – Visual results report Salzburg. KU Leuven. <https://www.kuleuven.be/lucas/en/images/results-ehc-2025-salzburg.pdf>

Schnell, Philipp (2026), European Homelessness Counts 2025 – Visual results report Innsbruck. KU Leuven. <https://www.kuleuven.be/lucas/en/images/results-ehc-2025-innsbruck.pdf>

Schoibl, Heinz (2013), Notreisende und Bettel-MigrantInnen in Salzburg

Schoibl, Angela & Heinz (2017), Regionale Wohnungslosenhilfeplanung im Bundesland Salzburg

Schoibl, Heinz (2021), Obdachlose Frauen mit psychischer Erkrankung im Umfeld der Stadt Salzburg

SORA (2023), Ethnische Diskriminierung am Wohnungsmarkt – Ergebnisse eines Paired Ethnic Testings. Studie im Auftrag der Gleichbehandlungsanwaltschaft

Stabentheiner, Johannes; zit. nach BAWO (2022): BAWO: Der Film – Wohnen für alle: leistbar. dauerhaft. inklusiv. Wien

Stadt Salzburg (o.J.), Wohnungsvergabe – Richtlinien und Voraussetzungen

Statistik Austria (o.J.), Wohnungs- und Obdachlosenstatistik / Registerbasierte Erfassung von Obdach- und Wohnungslosigkeit

Statistik Austria (2026), Wohnen 2025. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik

Team Rauscher Immobilien GmbH (2026), Wohnen in Salzburg Stadt & Umgebung. Marktbericht

Till, Matthias; Klotz, Johannes; Siegert, Christina (2018), Eingliederungsindikatoren 2017. Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Wien (Statistik Austria)

WHO (2025), Violence against children

Y-Foundation (2017), A home of your own. Housing First and ending homelessness in Finland



FORUM
WOHNUNGS
LOSENHILFE
SALZBURG